

Haushaltsplan 2026 und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einstimmig beschlossen



Gemeinde Weingarten (Baden)

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage
www.weingarten-baden.de

Haushaltssatzung Kernhaushalt 2026

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	35.047.900
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-36.321.400
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-1.273.500
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	6.826.800
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	-50.000
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	6.776.800
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	5.503.300

2. im **Finanzaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	34.246.900
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-33.814.600
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	432.300
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	16.800.800
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-20.073.200
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-3.272.400
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-2.840.100
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	5.800.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-788.800

Haushaltssatzung Kernhaushalt 2026

2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	5.011.200
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	2.171.100

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung)
wird festgesetzt auf

5.800.000 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

55.912.000 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

7.000.000 EUR

Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden)

Der Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden) 2026 in Zahlen			
Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt 41,875 Mio. €			
Erträge in Mio. €		Aufwendungen in Mio. €	
Grundsteuer	1.539	Personalaufwendungen	9.642
Gewerbesteuer	6.340	Unterhaltung	1.076
Einkommensteuer	8.696	Bewirtschaftung	2.520
Umsatzsteuer	0,775	Verwaltung und Betrieb	1.093
sonstige Steuern	0,278	Abschreibungen	2.557
Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich	0,681	Kreditzinsen und Kosten Geldverkehr	0,425
Schlüsselzuweisung	6.292	Zuschüsse an übrige Bereiche	5.225
übrige Zuweisungen	4.095	Gewerbesteuерumlage	0,653
Auflösungen Investitionszuwendungen	0,556	FAG-Umlage	4.506
Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.024	Kreisumlage	6.767
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	2,070	übrige Transferaufwendungen	0,698
Kostenerstattungen	0,787	Geschäftsaufwendungen	0,572
Zinserträge	0,154	Sachverständige und Beratung	0,134
aktivierte Eigenleistungen	0,300	Versicherung	0,170
sonstige Erträge	0,463	Globaler Minderaufwand	- 0,360
Summe ordentliche Erträge	35,048	übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	0,644
		Summe ordentliche Aufwendungen	36,321
		ordentliches Ergebnis (Fehlbetrag)	- 1,273
außerordentliche Erträge	6,827	außerordentliche Aufwendungen	0,050
		Sonderergebnis (Überschuss)	6,777
		Gesamtergebnis (Überschuss)	5,503
Summe	41,875	Summe	41,875

Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden)

Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt 56,848 Mio. €			
Einzahlungen in Mio. €		Auszahlungen in Mio. €	
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	34,247	Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	33,815
Investitionszuschüsse	1,850	Vermögenserwerb	2,464
		Baumaßnahmen	15,911
Darlehensrückflüsse	-	Investitionszuschüsse	1,699
Kreditaufnahme	5,800	Schuldentilgung	0,789
	-	Änderung Finanzierungsmittelbestand	2,171
Summe	56,848	Summe	56,848

nachrichtlich:

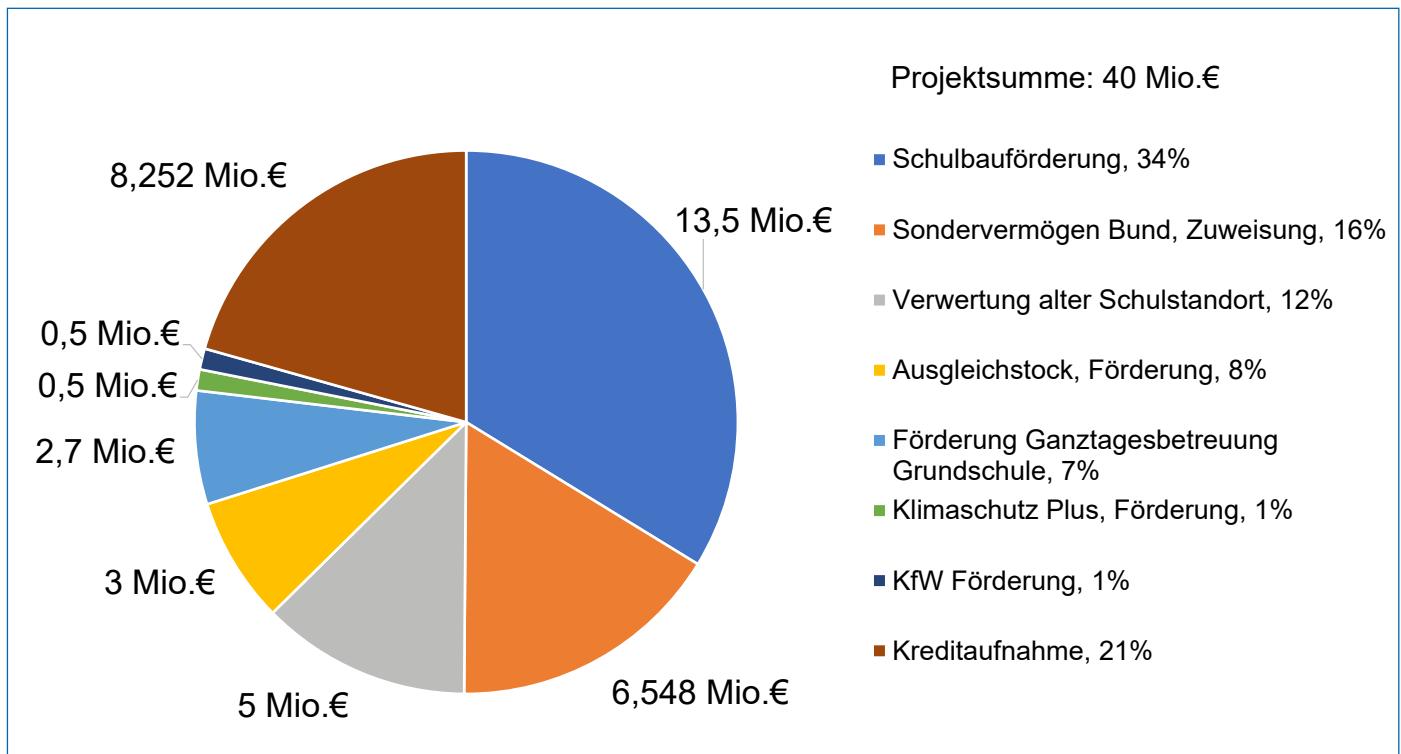
Schuldenstand zum 01.01.2025	22,713	Schuldenstand zum 31.12.2025	24,238
Schuldenstand zum 01.01.2026	24,238	Schuldenstand zum 31.12.2026	29,249

Entwicklung der Leistungsfähigkeit

Übersicht der Leistungsfähigkeit der Gemeinde						
Haushalt	Zeile	Jahr	2026	2027	2028	2029
ErgHH	20	ordentliches Ergebnis	- 1.273.500 €	286.400 €	178.800 €	55.900 €
ErgHH	15	+ Abschreibung	2.556.800 €	2.586.200 €	2.626.200 €	2.882.000 €
ErgHH	3	./. Auflösung	556.000 €	550.700 €	579.900 €	794.000 €
ErgHH	9	./. aktivierte Eigenleistungen	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
ErgHH	23	+ außerordentliches Ergebnis (ohne Grundstücksverkäufe)	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
ErgHH	17	+ Rückstellungen FAG-Umlage und Kreisumlage		* 2.500.000 €		- 2.500.000 €
FinHH	17	= Liquidität aus dem Ergebnishaushalt	432.300 €	4.526.900 €	1.930.100 €	- 651.100 €
FinHH	34	./. Tilgung	788.800 €	4.403.900 €	985.500 €	1.128.400 €
	=	Leistungsfähigkeit (bei positivem Ergebnis)	- 356.500 €	123.000 €	944.600 €	- 1.779.500 €
			2026	2027	2028	2029
Kredite			5.800.000 €	6.000.000 €	7.500.000 €	- €
Verschuldung Jahresende			29.249.000 €	30.845.000 €	37.359.000 €	36.231.000 €
Investitionen			20.073.200 €	26.654.600 €	24.071.000 €	14.296.000 €
Fremdfinanzierungsquote			29%	23%	31%	0%

* FAG-Rückstellung i.H.v. 2,5 Mio. € aufgrund Erhöhung FAG und Kreisumlage

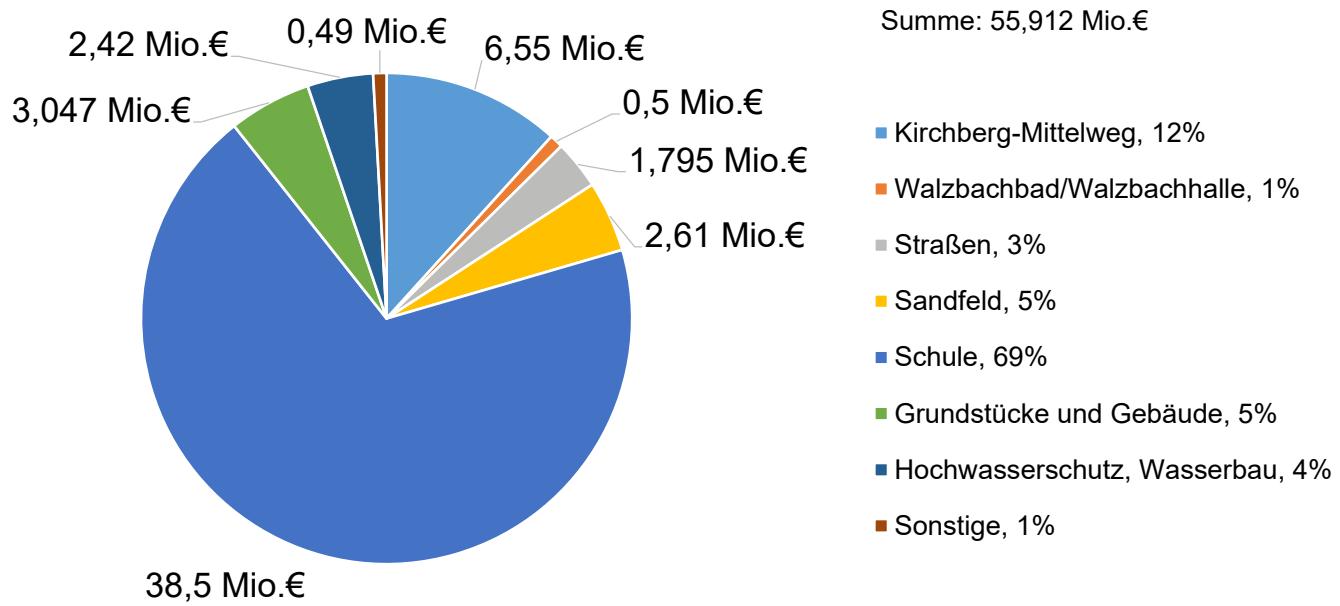
Neubau Turmbergschule - Finanzierung



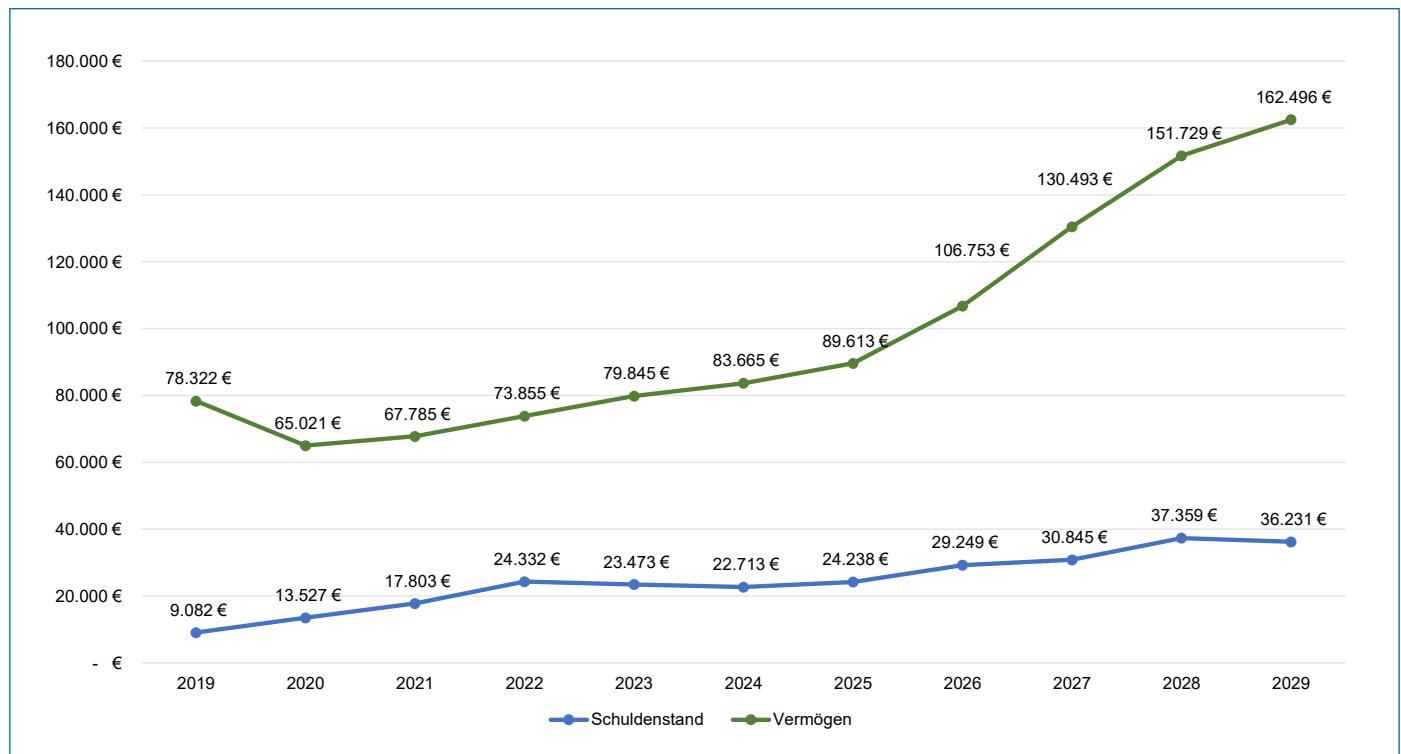
Neubau Turmbergschule - Meilensteine



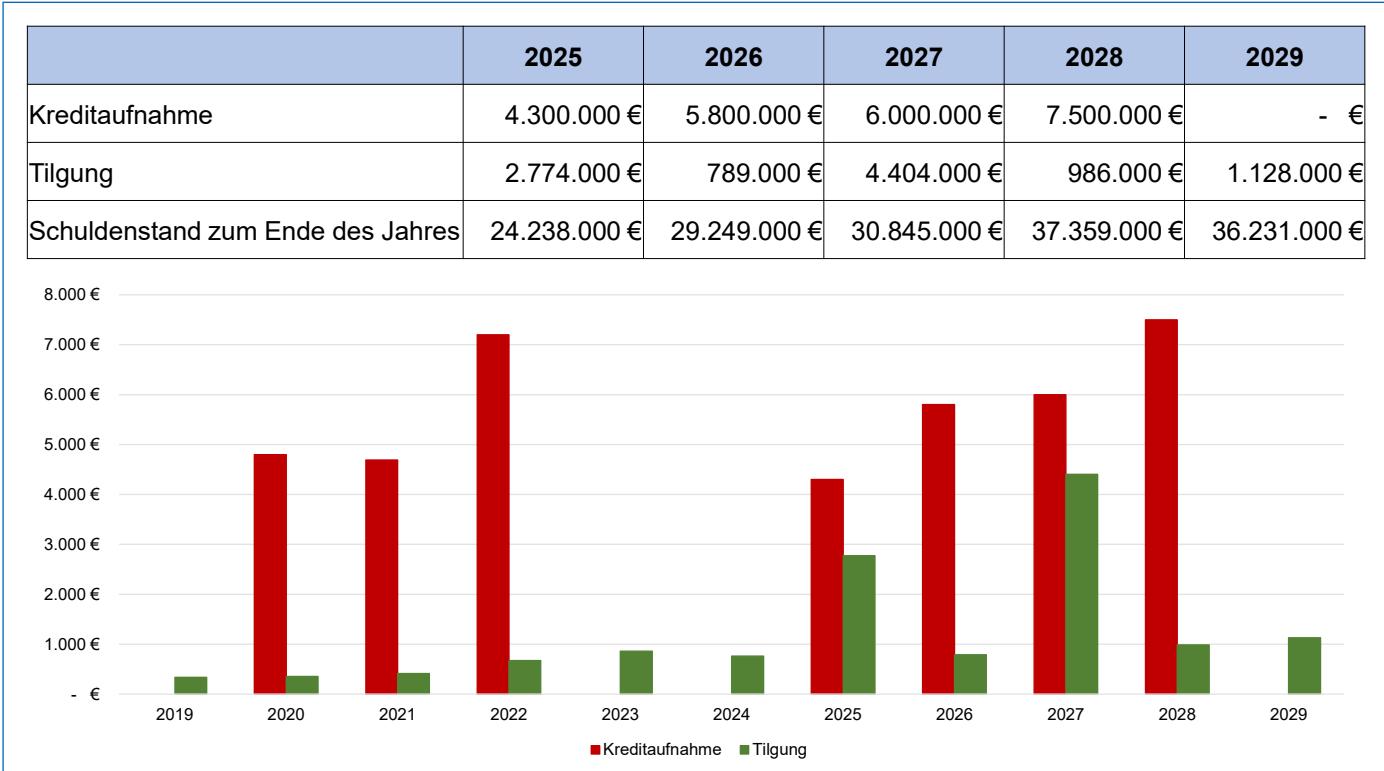
Verpflichtungsermächtigungen



Entwicklung von Schulden und Vermögen in T.€



Kreditaufnahme und Tilgung



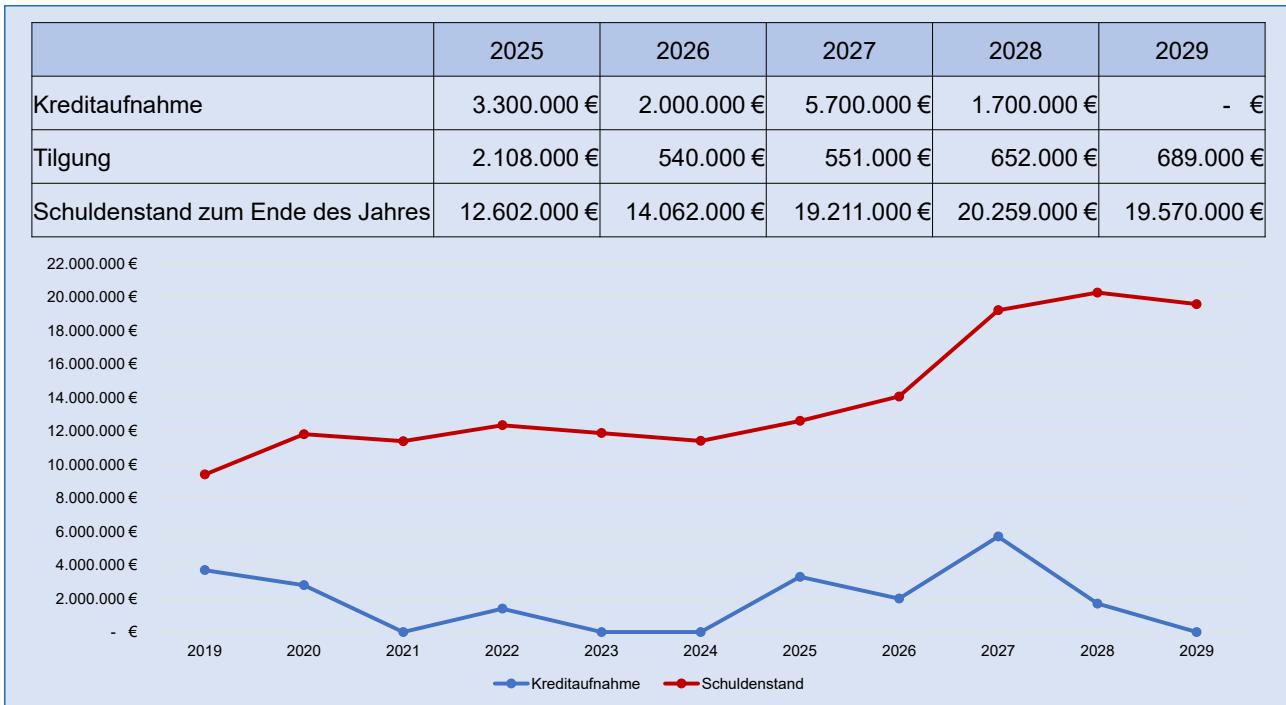
Wirtschaftsplanung 2026 Eigenbetriebe



Feststellung des Wirtschaftsplans - Wasserversorgung

<u>1. Erfolgsplan</u>	EUR
1.1 Gesamtbetrag der Erträge von	1.593.400
1.2 Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-1.809.400
1.3 Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-216.000
<u>2. Liquiditätsplan</u>	EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	1.571.000
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-1.117.800
2.3 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	453.200
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.209.300
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-3.102.000
2.6 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-1.892.700
2.7 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-1.439.500
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	2.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-780.800
2.10 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	1.219.200
2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-220.300

Kreditaufnahme und Tilgung - Wasserversorgung



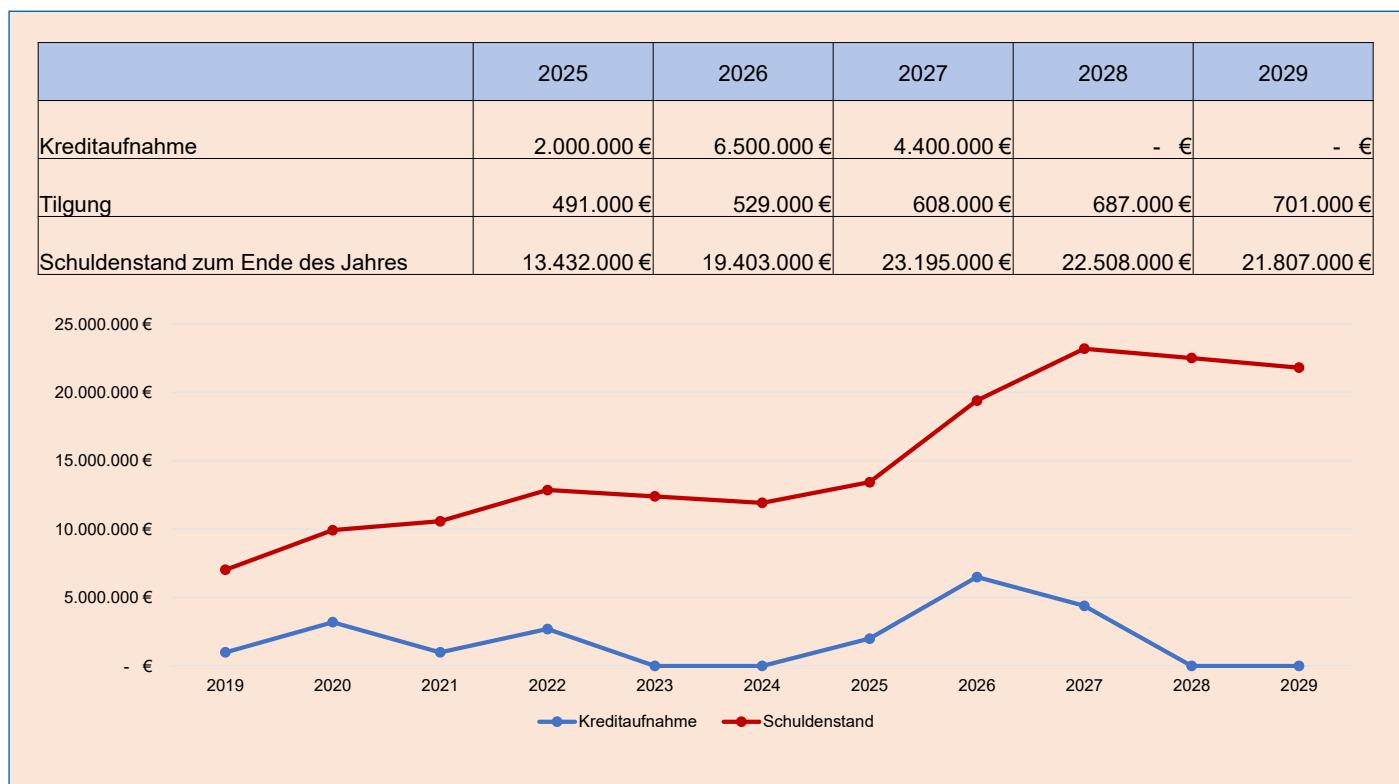
Gebühren - Wasserversorgung

Wirtschaftsjahr 2026:

• Wassergebühr	2,82 €/m³
• Grundgebühr QN 2,5	6,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 6	15,00 €/Monat
• Grundgebühr QN 40	94,50 €/Monat
• Grundgebühr QN 60	150,00 €/Monat

Feststellung des Wirtschaftsplans Abwasserbeseitigung

<u>1. Erfolgsplan</u>	EUR
1.1 Gesamtbetrag der Erträge von	2.357.600,00
1.2 Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-2.946.500,00
1.3 Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-588.900,00
<u>2. Liquiditätsplan</u>	EUR
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	2.229.000
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-2.171.000
2.3 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	58.000
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.002.300
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-6.750.000
2.6 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-5.747.700
2.7 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-5.689.700
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	6.500.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-836.000
2.10 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	5.664.000
2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-25.700



Gebühren - Abwasserbeseitigung

Wirtschaftsjahr 2026:

- Schmutzwasser 2,96 €/m³ bezogenes Frischwasser
 - Niederschlagswasser 0,84 €/m² versiegelte Fläche

Weingarten (Baden) - Haushaltsrede 2026

von Bürgermeister Eric Bänziger

(es gilt das gesprochene Wort)



**Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,**

die Verwaltung legt heute dem Gemeinderat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026 sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zur Beschlussfassung vor.

Auf die Ausführungen unseres Kämmerers Herrn Schneider nehme ich in meiner Haushaltsrede Bezug, um Wiederholungen zu vermeiden.

Mit der Verabschiedung des Haushalts jetzt im Dezember haben wir wieder den gewünschten Rhythmus erreicht und beschließen entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung den Haushalt vor Beginn des Wirtschaftsjahres. Nicht viele Kommunen können seit der Einführung der Doppik diese Aktualität in der Planung (und erst recht nicht in den Jahresabschlüssen) vorweisen.

Die Zahlenwerke wurden in öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Gemeinderats vorberaten, so dass wir – wie in anderen Themen auch – unsere Bürgerschaft frühzeitig informiert wissen und diese die Gelegenheit hat, bei den Diskussionen mit dabei zu sein.

Das Wichtigste vorweg:

- Die Haushaltsdiskussionen waren geprägt von dem Versuch die 2025 und 2026 angewachsenen Mehrausgaben von über 2 Mio. Euro für die gestiegene Kreisumlage durch Einsparungen einerseits und Mehreinnahmen andererseits

- zumindest teilweise - zu kompensieren. Zur Erklärung: Die Kreisumlage erhebt der Landkreis von den kreisangehörigen Kommunen, um sein Defizit – insbesondere als Träger der Sozial- und Jugendhilfe – auszugleichen.

- Insgesamt schließt das Gesamtergebnis mit einem Überschuss von 5,5 Mio. Euro was ausschließlich auf das Sonderergebnis - im Wesentlichen aus Grundstückserlösen - zurück zu führen ist.
- Das ordentliche Ergebnis weist ein Defizit von 1,27 Mio. Euro auf.
- In den Verpflichtungsermächtigungen von 55,9 Mio. Euro ist die Beauftragung des Neubaus der Turmbergschule mit 38,5 Mio. Euro enthalten.
- Der Neubau der Schule ist in der Planung bis 2029 vollständig finanziert.
- Die Schulden wachsen dafür bis 2029 um 12 Mio. Euro an.
- Am Ende des Finanzplanungszeitraumes stehen der Gemeinde liquide Mittel von 7 Mio. Euro zur Verfügung.

Der Gesamthaushalt umfasst ein Volumen von **71,4 Mio. Euro**. Davon entfallen 56,8 Mio. Euro auf den Kernhaushalt der Gemeinde, 4,9 Mio. Euro auf den Betrieb der Wasserversorgung und 9,7 Mio. Euro auf den Betrieb der Abwasserbeseitigung. Ein Vergleich mit den Zahlen vor 15 Jahren eröffnet die Dimension, in der wir uns zwischenzeitlich bewegen:

2011 umfasste der Gesamthaushalt gerade mal etwa ein Drittel mit einem Volumen von knapp **23 Mio. Euro** insgesamt!

Seitdem hat sich vieles in Weingarten getan und verändert. Die Aufgaben der Verwaltung haben deutlich zugenommen – durchaus auch im positiven Sinn. Wenn Sie heute einen Personalausweis benötigen, dann sind nicht nur die Fingerabdrücke aufzunehmen – nein auch Ihr Passfoto wird nun digital im Bürgerbüro aufgenommen. Den Weg ins Fotostudio kann man sich sparen.

Doch die großen Veränderungen und folglich auch Investitionen lagen im Bereich der Kinderbetreuung, der Kanalisation, der Wasserversorgung, dem Straßenbau, der Flüchtlingsunterbringung u.s.w.

Jetzt wollen wir jedoch nicht zurückschauen.

Was heute zählt ist:

Die Zukunft von Weingarten zu sichern und zu gestalten.

Und das in den Bereichen

1. Bildung und Betreuung
2. Erneuerung und Fortentwicklung unserer Infrastruktur
3. Gemeindeentwicklung

1. Bildung und Betreuung

2026 wird das Jahr der Schule werden.

Die Ausschreibungsvorbereitungen sind auf den Weg gebracht und mit insgesamt veranschlagten 40 Mio. Euro, davon 38,5 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigungen für die Auszahlungen in

künftigen Jahren, sind die Ausgaben im Haushaltsplan und der Mittelfristigen Finanzplanung einerseits veranschlagt und andererseits finanziert.

Die zunächst gewünschte individuelle Planung mit anschließender Vergabe an einen Generalunternehmer musste aufgrund der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde aufgegeben werden. Nur durch die Entscheidung die neue Schule durch einen Totalunternehmer planen und bauen zu lassen konnten die veranschlagten Gesamtkosten auf 40 Mio. EUR begrenzt werden.

Hintergrund war im Vorfeld eine Marktabfrage unseres Projektsteuerers, bei welcher entsprechende Angebotspreise bezogen auf die benötigte Nutzfläche aufgerufen wurden.

Dass es nun ein Totalunternehmer wird, bedeutet dennoch eine Auswahl zu haben. Wir gehen von fünf Firmen aus, welche durchaus unterschiedliche Planungen des Schulgebäudes vorlegen werden und deren Planungen auch noch angepasst werden können.

Durch dieses Verfahren kann zudem mit einer Vergabe noch in diesem Jahr und mit einer Fertigstellung vor 2030 gerechnet werden.

Und - es ist durch die aktuellen Rahmenbedingungen auch der richtige Zeitpunkt diese Investitionsentscheidung zu treffen. Von Seiten des Bundes und des Landes werden Infrastrukturprogramme für die Kommunen aufgelegt und das Land steigert seine Förderung im Schulhausbau deutlich. Andererseits ist die Konjunktur im Hochbau am Boden, so dass mit günstigen Preisen gerechnet werden kann.

Zur Finanzierung sind vor allem Erlöse aus den Grundstücksverkäufen im Sandfeld sowie die Entwicklung des Baugebiets „Waldbrücke Süd“, also der beiden ehemaligen Fußballplätze eingeplant.

Betreuungsoffensive verlässliche Kinderbetreuung

Die Kinderbetreuung in Weingarten ist mittlerweile sehr gut ausgebaut. Insbesondere die zweite Gruppe im Naturkindergarten wird hier das Angebot erweitern.

Die nächste große Herausforderung wird mit dem Bezug des neuen Wohngebiets „Breitwiesen Teil 1“ auf die Gemeinde zukommen. Daher schlägt die Verwaltung vor, wenn es soweit ist, den Investor einen Kindergarten bauen zu lassen, welcher dann auf 20 Jahre angemietet wird. Über dem Kindergarten sollten zudem Wohnungen entstehen, so dass eine wirtschaftliche Optimierung gegeben ist und vor allem die Gemeinde günstige Konditionen aushandeln kann.

Die Herausforderungen im Bereich der Kinderbetreuung bewegen sich allerdings nicht im baulichen Bereich, sondern in der Personalgewinnung und Personalbindung. Immer wieder kommt es aufgrund von Ausfällen durch Personalwechsel und Personalausfälle zu verkürzten Öffnungszeiten bis hin zu tageweisen Schließungen. Daher müssen neue Wege zusammen mit den Erzieherinnen und den Eltern gefunden werden, um eine verlässliche Kinderbetreuung sicher zu stellen.

2. Erneuerung und Fortentwicklung der Infrastruktur

Mit dem letzten Teil der Erneuerung der **Burgstraße** bis Ende 2026 ist das vor 12 Jahren ausgearbeitete Sanierungsprogramm „Ortsmitte“ mit einem Gesamtvolume von 22 Mio. EUR für Kanal, Wasser und Straße abgearbeitet. Die nächste Befahrung

der Kanäle steht 2026 an und darauf aufbauend wird das nächste Sanierungsprogramm auszuarbeiten sein.

Für die Jahre 2026 bis 2028 werden nun noch die **Seitenstraßen der Jöhlinger Straße** mit einem Volumen von 3,8 Mio. EUR erneuert.

Derzeit läuft die Brandschutz-Sanierung in der **Walzbachhalle**, welche mit insgesamt 4 Mio. EUR veranschlagt wird. Mit den Ingenieurbüros und dem Brandschutzbeauftragten des Landkreises konnten bisher gute und vernünftige Lösungen gefunden werden, um Kosten zu reduzieren. Dennoch ziehen sich die Arbeiten quasi durch die gesamte Halle und werden uns 2026 stark fordern.

Unsere **Wasseraufbereitung** mit der Carix-Anlage ist in die Jahre gekommen und bedarf einerseits der Erneuerung und andererseits der Erweiterung. Mit der Umstellung auf ein neues Verfahren zur Absenkung des Nitratwertes und Beibehaltung der Entkalkung hat sich der Gemeinderat bereits beschäftigt. Entsprechende Planungen sind für 2026 veranschlagt und der Umbau wird voraussichtlich 2027 folgen.

Mit dem Neubau und der Vergrößerung des **Hochbehälters Kirchberg** für 2 Mio. Euro sowie dem Ausbau einer **Ringleitung** (600 TEUR) zum neuen Hochbehälter wird die Wasserversorgung im kommenden Jahr für die gesamte Gemeinde künftig zusätzlich gesichert.

Auch wenn die **Kläranlage** Aufgabe des Zweckverbandes ist, so sind wir mit Walzbachtal paritätisch an den Kosten der „Ertüchtigung“ der Anlage mit einem Volumen von 25 Mio. Euro beteiligt. Zusammen mit der Firma Weber Ingenieure wurde die Umstellung auf die Klärgasgewinnung mit anschließender Verstromung in einem BHKW ausgearbeitet und geht auch hier 2026 in die Umsetzung.

Der **Hochwasserschutz** mit der Sanierung des Hochwasserrückhaltebeckens „Schlossbergsee“ geht 2026 nach weiteren vertiefenden Gutachten ebenfalls in die Umsetzung. Dafür wurden insgesamt knapp 3 Mio. Euro in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt; 2,2 Mio. Euro im kommenden Jahr.

Nur beim **Breitbandausbau** verharren wir der Dinge, die da kommen mögen. Nachdem sich die Deutsche Glasfaser auf den Landkreis Karlsruhe fokussiert hat, kann nach dem aktuellen Zeitplan zumindest 2027 mit einem flächendeckenden Ausbau in Weingarten gerechnet werden.

3. Gemeindeentwicklung

Die Erschließung des Baugebiets **Kirchberg-Mittelweg** hat begonnen. Die Ausführungsplanung für die Erschließung wurde vom Gemeinderat beschlossen, so dass im zweiten Halbjahr die eigentlichen Bauarbeiten beginnen können. Mit Gesamtkosten von fast 15 Mio. EUR ist das Projekt eine Herausforderung für unsere Gemeinde und die Verwaltung. Bei Erschließungsbeitragsfähigen Kosten von ca. 9 Mio. EUR verbleiben 6 Mio. EUR bei der Gemeinde bzw. überwiegend in den Eigenbetrieben Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Dahingegen können wir im kommenden Jahr mit dem Abschluss der inneren Erschließung des neuen **Gewerbegebiets „Sandfeld“** rechnen. Die Finanzierung des Kreises im Bereich zur Abfahrt Waldbrücke konnte zum Vorteil der Gemeinde geklärt werden. Land und Landkreis werden über das GemeindeVerkehrsFinanzierungsGesetz fast vollständig die Kosten von 2,1 Mio. EUR zu tragen haben.

Mit einem Gesamt-Invest von 11,9 Mio. Euro werden im Sandfeld über 67.000 m² Gewerbefläche geschaffen, welche ab kommendem Jahr angeboten werden können. Dabei ist uns im Gemeinderat die Auswahl der Gewerbetreibenden besonders wichtig. Ausreichend Bewerbungen liegen bereits vor.

Insbesondere die **Verlegung vom LIDL** in das Gebiet Sandfeld, welcher künftig auf 1.400 m² Verkaufsfläche erweitern möchte, hat den Gemeinderat bereits beschäftigt. Dabei wäre der Standort zur Nahversorgung der Einwohner der Waldbrücke optimal.

ALDI und dm beabsichtigen weiterhin den Standort an der B 3 gemeinsam zu forcieren. Im Gemeinderat gibt es dazu keine eindeutige Haltung. Während der dm gerne gesehen wäre könnte auf ALDI wohl verzichtet werden. Aus meiner Sicht sind beide für die Versorgung unserer Einwohner willkommen zu heißen.

Als Gegenargument wird dabei die Konkurrenz zum Nahkauf in der Ortsmitte angeführt. Diese ist aber bereits heute schon da. Der Nahkauf lebt von seiner zentralen Lage und dem dort gebotenen besonderen Service.

Sollte die Entwicklung eines Gebiets an der B 3 beschlossen werden, so ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erforderlich, dessen Kosten der Vorhabenträger zu finanzieren hat.

Das seit langem größte Entwicklungsgebiet ist das ehemalige Trautwein-Areal mit dem Bebauungsplan „**Breitwiesen Teil 1**“ und der Schaffung von neuem Wohnraum mit 180 Wohneinheiten. Für die Finanzierung dieses Allgemeinen Bebauungsplans sind zunächst Planungskosten eingestellt. Nachdem die Verkehrsplanung erstellt ist, folgt die konkretere Flächen- und Gebäudeplanung. Parallel wird die Umlegung als freie sowie als gesetzliche Umlegung betrieben. Es wäre natürlich zeitspender, wenn die freiwillige Umlegung erfolgreich wäre und die Eigentümer ihre Teilnahme erklären.

Ein weiteres Infrastrukturprojekt 2026 wird das Thema „**Ein Ärztehaus für Weingarten**“ sein. Zusammen mit einem Projektentwickler mit entsprechender Erfahrung wollen wir dieses Thema nun angehen. Dabei haben wir bereits im letzten Jahr vorgearbeitet. Mit der Ansiedlung der Ärztin für Allgemeinmedizin Frau Walter haben wir eine sogenannte Ankermieterin, welche in das Ärztehaus einziehen wird. Dieses Projekt soll mit Ausnahme der bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen weitestgehend ohne finanzielle Beteiligung der Gemeinde zum Laufen kommen. Die notwendigen Grundstücke dafür wurden bereits vor Jahren in der Bahnhofstraße 54, 56 sowie der Paulusstraße 6 erworben.

Ziel ist es - damit auch - entsprechend dem Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept - eine Belebung der Ortsmitte herbei zu führen. Das umso mehr als wir immer weniger Einzelhandel in der Bahnhofstraße haben. Deshalb bemüht sich die Verwaltung zudem einen Nachfolger im ehemaligen Metzgereibetrieb Kunzmann anzusiedeln. Dieser wäre für alle Läden ein wichtiger - sogenannter Frequenzbringer.

Finanzierung

Wie bereits zu Beginn ausgeführt, sind die Volumina unserer Haushalte extrem angestiegen. 2025 hatten wir nun nicht nur die deutlich gestiegene Kreisumlage zu verkraften, sondern auch noch einen Einbruch bei der Gewerbesteuer, was auf Rückzahlungen für vergangene Jahre zurückzuführen war.

Für 2026 steigt nun die Kreisumlage erneut – zwar nicht so sehr wie zunächst vom Landratsamt angekündigt, aber dennoch insgesamt in einem Maß, das nicht nur Weingarten, sondern (fast) alle Kommunen in Baden-Württemberg in Finanzierungsnöte bringt.

Hintergrund sind die deutlich gestiegenen Soziallasten der Landkreise durch die Fortschreibung der Jugendhilfeleistungen und die ergänzten Anspruchsgrundlagen im Bundesteilhabegesetz. Politisch gesehen, erfolgt dadurch wieder einmal eine Umverteilung von sozialen Leistungen durch den Bund zu Lasten der Kommunen. Das Konnexitätsprinzip zählt leider auf Bundesebene nicht und ist nur in der Landesverfassung zwischenzeitlich verankert.

Ich denke aber, dass es auf allen politischen Ebenen angekommen ist, dass wir Kommunen uns eine solche Umverteilung nicht weiter gefallen lassen und letztlich gezwungen wären die eigenen Leistungen für unser kommunales Sozialleben – in allen Freiwilligkeitsleistungen – einzuschränken: In den Vereinzuschüssen, im Jugendzentrum, der Schulsozialarbeit – um nur einige wenige zu nennen.

Daher gehen wir in der Haushaltsplanung davon aus, dass für die Gegenfinanzierung spätestens ab 2027 andere Lösungen gefunden werden und eine deutliche Entlastung der kommunalen Ebene eintritt.

Doch die nächste Aufgabe für die Kommunen ist bereits formuliert: Wir sollen wohl künftig auch die Koordination von Pflegeleistungen für unsere Einwohner übernehmen.

Für alle anderen Aufgaben hat unser Kämmerer in der mittelfristigen Finanzplanung gute Lösungen – oder vielleicht konkreter – gute Erlöse aus Grundstücksverkäufen gefunden.

Um diese Finanzierung sicher zu stellen, werden wir zum Ende des Finanzplanungszeitraumes die Flächen in der „Waldbrücke Süd“ entwickeln müssen.

Aber er hat sich auch Luft eingebaut.

Den Krediten von 12 Mio. EUR steht eine Steigerung der Liquidität auf 7 Mio. EUR gegenüber. Also bräuchten wir eigentlich nur 5 Mio. EUR an Krediten aufzunehmen.

Und von dem Sondervermögen Bund, von welchem der Gemeinde 6.547.969,21 EUR zustehen und das insbesondere für den Schulhausbau verwendet werden kann, sind rund 4 Mio. EUR noch nicht veranschlagt.

Schließlich benötigt die Gemeinde bei dieser Rechnung noch 1 Mio. EUR an Krediten, um die kommenden Haushalte zu finanzieren – und dabei ist der Neubau der Schule inkludiert! Der einzige Wehmutstropfen dabei bleibt: Die jährliche Veräußerung von Grundstücken muss dann auch gelingen!

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

ich danke Ihnen für eine sachliche Gremiumsarbeit. Wir stellen uns als Verwaltungsorgan gemeinsam den Herausforderungen unserer Zeit. Richten Sie mit mir den Blick nach vorne. Wir können mit den nun konzipierten Projekten unsere Gemeinde für die nächsten Jahrzehnte zukunftsfähig gestalten.

Dazu zählt auch die stärkere Unterstützung der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in unseren verschiedenen Organisationen wie der Feuerwehr, dem DRK, der DLRG.

Und ganz wichtig ist die Arbeit – die soziale Arbeit - in unseren fast 80 Vereinen. Wir müssen unsere Vereine finanziell und ideell unterstützen, damit die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen weiterlaufen kann.

Allen ehrenamtlich engagierten Menschen in Weingarten gilt unser Dank. Sie bereichern unsere Gemeinschaft mit ihrem freiwilligen Beitrag in jeglicher Form.

Ich persönlich habe zwischenzeitlich akzeptiert, dass Aufgabenverlagerungen auf die kommunale Verwaltung weiter zunehmen werden. Dafür benötigen wir gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Das haben wir in Weingarten. Und auch ein Bürgermeister ist nur so gut wie das Team, das ihn umgibt und das die Arbeit für die Vielzahl von Aufgaben leistet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Schluss darf ich nun unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung – stellvertretend Herrn Schneider, den Fachbereichsleitungen sowie allen danken, die an der Erstellung und Beratung des Haushaltes mitgewirkt haben. Bis hinunter in die Sachbearbeiterebene sind alle Mitarbeitenden mittlerweile in die Haushaltsplanung mit eingebunden, um das Bewusstsein für die finanzielle Verantwortung innerhalb der Verwaltung zu stärken und Einsparpotenziale durch Mitbestimmung zu generieren.

Ich bitte nun die Fraktionen um ihre jeweilige Haushaltsrede, bevor ich den Ihnen vorliegenden genehmigungsfähigen Haushalt zur Abstimmung stelle.

Danke.



Haushartsrede der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Gerhard Fritscher



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Bürgerinnen und Bürger,

drei Krisenjahre in Folge, schlechte Stimmung bei vielen Unternehmen, immer mehr Firmenpleiten, großer Personalabbau und Firmenverlagerungen ins Ausland. Auch die neue Regierung konnte bisher leider noch nicht für einen Stimmungsumschwung sorgen. Und den brauchen wir unbedingt in Deutschland. Denn Wirtschaftswachstum ist nicht nur das Ergebnis von konkreten Maßnahmen, sondern zum großen Teil Psychologie. Der so sehnlichst erwartete Aufschwung steht auf „wackeligen Beinen“. Es soll 2026 zwar bergauf gehen, aber nur gering, um etwa ein Prozent. Auch die „Wirtschaftsweisen“ erwarten im kommenden Jahr noch keinen breit angelegten Aufschwung. Beeinflusst werden dürfte das Wachstum 2026 maßgeblich durch Sondereffekte: staatliche Milliardenausgaben für Infrastruktur wie Straßen und Schienen sowie für die Verteidigung. Hohe Energiekosten, steigende Sozialabgaben, langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, zu viel Bürokratie: Ohne tief-greifende Reformen wird es nichts werden mit einem Aufschwung hierzulande und mit einem deutlichen Stimmungsaufbruch in der Bevölkerung, vor allem unter den Unternehmen. Die aggressive und unberechenbare Zoll- und Wirtschaftspolitik der USA trifft unsere ohnehin geschwächte Exportnation. Schon seit Jahren verlieren deutsche Hersteller auf den Weltmärkten an Wettbewerbsfähigkeit. Der Befund ist umso alarmierender, da fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export abhängt. Die Inflation hält sich hartnäckig über zwei Prozent. Viele Preise sind noch deutlich höher als vor ein paar Jahren. So sind z. B. Lebensmittelpreise seit dem Vor-Corona-Jahr 2019 um mehr als ein Drittel gestiegen. Nach Einschätzungen von Volkswirten müssen sich Verbraucher in Deutschland vorerst mit Teuerungsraten oberhalb der Zwei-Prozent-Marke abfinden. Und je höher die Inflationsrate, desto geringer die Kaufkraft der Menschen – so in der BNN vom 2. Dezember nachlesbar.

Dieses Szenario hat auch starke Auswirkungen auf unsere kommunalen Haushalte. Immer neue Aufgaben und Ansprüche, die EU, Bund und Land auf die Kommunen abwälzen, überfordern die Gemeindehaushalte nicht nur finanziell, auch personell. Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt!“, das auch wir seit Jahren anmahnen, muss wieder unbedingt Maßstab des Handelns sein. Ohne starke Städte und Gemeinden ist kein Staat zu machen. Der Gemeindetag Baden-Württemberg zeigt mit seinem Positionspapier „Vertrauen durch Verantwortung“, welche Weichen gestellt werden müssen: realistische Politik stattträumerische Überversprechen, verlässliche Finanzen statt Schuldenfallen, weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und klare Spielräume für Wohnen, Bildung, Klima und Sicherheit. Nur wenn Kommunen handlungsfähig sind, bleibt unsere Demokratie stark!

Kernhaushalt:

Nach „Schuldigen“ zu suchen, ist die eine Seite der Medaille, die Selbsthilfe, das eigene Tun und Handeln, die andere. Nachdem sich die CDU-Fraktion bereits in den letzten Jahren mahnend an der „schwarzen Null“-Vorgabe orientiert hat, haben wir den Gemeindehaushalt 2026 von Beginn unserer Haushaltsberatungen an als besondere Herausforderung gesehen und im Gemeinderat gemeinsam auf den Prüfstand gestellt. Zeigte die Haushaltseinbringung Ende Oktober noch ein beängstigendes „ordentliches Ergebnis“ von -3.630 TEUR, so liegen wir heute, zur Haushalts-verabschiedung, erfreulicherweise nur noch bei einem Ergebnis von -1.273 TEUR! Dieses wird stark beeinflusst von der gegenüber dem Vorjahr (32%) um weitere zwei Prozentpunkte gestiegenen Kreisumlage auf 34%. Obwohl diese zum Ende der Haushaltsberatungen im Kreistag deutlich geringer als zuerst prognostiziert ausgefallen ist, belastet sie unseren Kämmereihaushalt (Kernhaushalt) mit weiteren rd. 500 TEUR deutlich. Ein zweiter großer Faktor für die Abweichung zur gewünschten „schwarzen Null“ sind die Mindereinnahmen bei der **Gewerbesteuer**. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, werden wir sicherlich kurzfristig keine großen Steigerungen erzielen können. Deswegen gilt ein besonderes Augenmerk unseren Gewerbetreibenden, den Einzelhändlern und Selbständigen gleichermaßen. Diese müssen wir unterstützen. Wenn es ihnen gut geht, wenn die Betriebsergebnisse stimmen, profitiert auch unsere Gemeinde - alle Bürgerinnen und Bürger.

Erfreulich ist die geplante Steigerung der **Einkommensteuer** von rd. 900 TEUR gegenüber dem Rechnungsergebnis 2024. Diese wird in den nächsten Jahren weiter steigen, wenn sich Weingartens Einwohnerzahlen, aufgrund der Umsetzung der geplanten Neubaugebiete „Kirchberg-Mittelweg“, „Buchenweg“ und „Breitwiesen“, weiter erhöhen werden. Diese Einnahmen benötigen wir aber auch dringend zur Finanzierung der parallel steigenden Infrastrukturkosten unserer Gemeinde.

Die größten Kostenblöcke sind die **Personalkosten** und die damit im Zusammenhang stehenden **Sachkosten**. Trotz starker Eingriffe und Vorgaben des Gemeinderats steigen die Personalkosten gegenüber 2024 um rund eine Million Euro weiter an! Erfreulicherweise wurde der Vorschlag unserer Fraktion, auf Streichungen der offenen Stellen und Freigabe eventueller Personalnachbesetzungen durch den Gemeinderat, von allen

Faktionen unterstützt. „Wir wollen nicht am Personal sparen, wir wollen mit unserem Personal sparen!“ Auf neue Stellen zu verzichten, ist das eine. Leistungen des Dienstleisters Gemeinde zu reduzieren, ist das andere, und beides ist unabdingbar miteinander verbunden. Wir setzen eindeutig auf Organisationsverbesserungen und Bürokratieabbau. Qualität anstatt Quantität muss unser Ziel sein. Die guten Jahre sind vorerst vorbei. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Situation steht der Sparzwang im Mittelpunkt! Wir wollen nicht geizig sein, aber sparsam wirtschaften und dies, ohne wichtige Strukturen zu beeinträchtigen.

Und dies gilt auch ganz besonders für die geplanten **Investitionen** - für das Planjahr 2026, für die mittelfristige Planung 2027-2029 und natürlich auch darüber hinaus. Investitionen, noch dazu, weil diese größtenteils fremdfinanziert werden müssen, haben wir uns gezielt vorgenommen und uns erstmals auf weniger Projekte geeinigt. Auch hier gilt „Klasse vor Masse“, gerade auch hinsichtlich des nötigen Personaleinsatzes. Auftragserfüllungsquoten von 30–40 % können uns nicht zufrieden stellen. Im Fokus steht dabei die gründliche Vorbereitung, die Planung, das gezielte vorausschauende Einstylen des Projekts und natürlich ein professionelles Projektmanagement über die ganze Laufzeit. Dass unsere Verwaltung dazu auch Fremdunterstützung benötigt, liegt auf der Hand und wird von unserer Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Welche Investitionen stehen nun im Planjahr an?

Die Erschließung des **Wohnbaugebiets „Kirchberg-Mittelweg“** und des **Gewerbegebiets „Sandfeld“**. Während bei „Kirchberg-Mittelweg“ bereits die Erschließungsplanung läuft, stehen die Baugrundstücke im „Sandfeld“ noch zum Verkauf. Die CDU-Fraktion freut sich sehr, dass dieses Langzeitvorhaben nun endlich verwirklicht werden kann. Länger als 16 Jahre hat es gedauert. Wir hoffen sehr, dass es uns nun gemeinsam gelingt, bauwilligen Weingartener Betrieben die Basis für ihre Expansionspläne zu schaffen und zusätzlich attraktive Fremdfirmen nach Weingarten zu bekommen. Der geplante Erlös aus den Gewerbegrundstücksverkäufen, auch der Bauplätze an der Durlacher Straße und am Kirchberg-Mittelweg, macht uns nach wie vor Kopfzerbrechen. Es ist sehr fraglich, ob wir es vor dem Hintergrund der allgemeinen „Bauflaute“ schaffen, die geplanten Einnahmen zum Ausgleich unseres Haushalts 2026 zu erzielen. Einerseits ist Weingarten als Wohnort sehr attraktiv, andererseits können sich viele Bauwillige, vor allem junge Familien, die heutigen Grundstücks- und Baukosten aber einfach nicht mehr leisten. Hier setzen wir auch auf unterstützende und steuernde Maßnahmen der Bundesregierung.

Das größte Projekt, der geplante Neubau der **Turmbergschule (TBS)**, wird uns weiter fordern. Der Grundsatzbeschluss vom Oktober 2023 ist bisher noch nicht vollständig umgesetzt. Noch fehlt die Sicherheit für die Kosten und die Finanzierung, ohne die es keinen Startschuss für die Umsetzung geben kann. Und die Zeit läuft uns weg. Unsere Schule braucht dringend zukunftsfähige Rahmenbedingungen, entsprechende Räumlichkeiten und eine moderne Ausstattung. Wir wissen, dass (noch) nicht alle in diesem Gremium für den Neubau auf dem Festplatz stehen. Alternativen, vor allem die Sanierung am heutigen Standort, wurden lange Zeit intensiv geprüft und erwiesen sich als nicht wirtschaftlich. Nach zuerst genannten 59,5 Mio. Euro Gesamtkosten für den Neubau, konnten wir den Planansatz jüngst auf rd. 40 Mio. Euro reduzieren. Die Anregung für einen anderen, kostengünstigeren Planungsansatz kam übrigens aus unserer Fraktion.

Der neue Schulstandort wurde auch hinsichtlich der Nähe zu den Sporthallen und zum Schwimmbad befürwortet. Aus Sicht der Schülerinnen und Schüler sowie der Erwachsenen verdient unser Schwimmbad seinen Namen aber erst nach Installation eines **Freischwimmerbeckens**. Als CDU-Fraktion halten wir an unserer Forderung weiter fest, auch wenn uns die begrenzten finanziellen Möglichkeiten derzeit stark ausbremsen. Gerade für den Schul- und Vereinssport ist mindestens ein 25-Meter-Becken notwendig. Und dafür sollten wir alle kämpfen!

Im **Straßenbereich** sind die Kosten für die Fertigstellung der Burgstraße (3.BA) und die Sanierungskosten für die Seitenstraßen der Jöhlinger Straße eingestellt. Dazu auch der Radweg nach Grötzingen, der mit mehr als 40 % vom Land bezuschusst wird. Zuschüsse sollten aber zukünftig unsere Entscheidungen nicht zu stark beeinflussen, denn 60 % der Investitionskosten und die laufenden Unterhaltskosten sind von der Gemeinde zu tragen.

Nicht erfreut ist die CDU-Fraktion über die verschleppte Bearbeitung des geplanten **Ärztehauses**. Ohne dieses ist mittelfristig die ärztliche Versorgung Weingartens nicht gesichert. Wir müssen endlich den nächsten Schritt gehen und die Rahmenbedingungen schaffen. Ein von der CDU vermittelter Investor steht bereit. Wir erwarten von Bürgermeister und Verwaltung das Projekt endlich zu starten.

Auch wenn die Geburtenzahlen in diesem Jahr wieder rückläufig sind, benötigen wir mittelfristig weitere Betreuungsplätze für **KiTa** und **KiGa**. Aufgrund der Bedarfsfortschreibung hat der Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie für drei mögliche Standorte (Höhefeldstraße, Schillerstraße, Kanalstraße) in Auftrag gegeben, über deren Ergebnis noch zu entscheiden ist. Ergänzend dazu könnte ein neuer Kindergarten auch im Neubaugebiet „Breitwiesen I“ auf dem Hoepfner-Areal entstehen. Leider behindert uns im Moment der Fachkräftemangel, die Personalfindung und -bindung. Die beiden Waldkindergartengruppen erweitern Weingartens breit gefächertes Angebot quantitativ und qualitativ und sind deutlich kostengünstiger.

Unserer Fraktion besonders am Herzen liegt traditionell der **Wald** mit dem Forstbetrieb, genauso, wie die heimische **Landwirtschaft** und der **Weinbau**. Sind deren Erzeugnisse doch die Lebengrundlage für alle Menschen in unserer Gemeinde und ihre Felder, Wiesen und Weinberge prägen unsere schöne Gemarkung. Der Wald ist wichtiges Naherholungsgebiet und trägt einen besonders großen Anteil zum Klimaschutz in unserer Gemeinde bei. Jahrelang galt der Forstbetrieb als verlässlicher Überschussbetrieb. Durch die Klimaveränderung hat sich dies in den letzten Jahren deutlich verändert. Investitionen in die Umstrukturierung der Baumarten und Gehölze sind erforderlich, um die Schutzfunktion des Waldes zu verbessern. Für 2026 und 2027 ist auch ein geringerer Holzeinschlag geplant. Somit ergibt sich aus dem normalen Tagesgeschäft leider kein Überschuss mehr. Nur durch den volkswirtschaftlich strittigen Ökopunkte-Handel von ca. 375 TEUR wird 2026 ein positives Ergebnis ausgewiesen. Die CDU Fraktion ist immer bereit, finanzielle Opfer zum Erhalt unserer Waldfläche zu bringen, was wir auch mit unserer Grundeinstellung zu Windrädern am Hinteren Heuberg deutlich unterstreichen.

Durch die hohen Investitionen im Planjahr 2026 in Höhe von rd. 20 Mio. Euro und in den Jahren 2027–2029 in Höhe von ca. 65 Mio. Euro wird sich unsere Gemeinde weiter überaus stark verschulden. Im Planjahr 2026 ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 5,8 Mio. Euro und in den Jahren 2027–2029 in Höhe von 13,5 Mio. Euro geplant. Dadurch wird aber die **Verschuldung** zum Ende des Planjahres 2026 auf

ca. 29 Mio. Euro und aus heutiger Sicht zum Ende 2029 auf rd. 36 Mio. Euro ansteigen. Und das ist nicht gut für eine Gemeinde mit rd. 10.700 Einwohner. Deshalb müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass diese hohe Verschuldung nicht erst erreicht bzw. zeitnah wieder abgebaut wird.

Zu zwei Projekten, die unsere Fraktion nach wie vor mit gemischten Gefühlen betrachtet, wollen wir uns abschließend äußern:

Das flächendeckende **Mobilitätskonzept** hat für viel Diskussionsstoff in unserer Gemeinde gesorgt. Dies unterstreicht unsere ursprüngliche Auffassung. Wir setzten uns von Anfang an für eine individuelle Vorgehensweise und Umsetzung ein. Gerade im Ortsteil Waldbrücke hat sich dies gezeigt. Während sich im alten Teil durch die engen Straßenverhältnisse eine Parkraumordnung als nötig und hilfreich erwies, wurde diese im neuen Teil doch sehr unterschiedlich bewertet. Dort hätte man eine Neuordnung mit fest eingezeichneten Parkflächen nicht unbedingt, zumindest nicht flächendeckend, gebraucht. Wir können aber auch nachvollziehen, dass die bisherige Neuordnung in großen Teilen unseres Ortes als sinnvoll und gelungen betrachtet werden kann. Bei der Umsetzung der Regelung in der Ortsmitte erwarten wir eine Lösung, die sowohl Privatparker als auch einkaufende Parker berücksichtigt, im Kurzzeitbereich mit Priorität auf die Kunden unserer Einzelhändler. Wenn wir - und damit spreche ich alle Einwohner an - unsere heimischen Geschäfte, die sich vor allem in der Bahnhofstraße konzentrieren, nicht durch unseren Einkauf besser unterstützen, können sie nicht überleben und sterben zwangsläufig aus, mit gravierenden Folgen für unsere Ortsmitte, die wir doch alle gerne belebt sehen wollen.

Nach monatelangen, teilweise heißen Diskussionen im Gemeinderat um die **Windräder** am „Hinteren Heuberg“, hat sich leider eine Pattsituation ergeben, die unauflösbar erscheint. Auch deshalb, weil Sie, Herr Bürgermeister, sich als einziges Gremiumsmitglied enthalten haben. Wie auch immer: Nun werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Am 8. März 2026 ist der Tag der Wahrheit.

Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung: Bewusst parallel zu den Straßensanierungen und zur Erschließung der Baugebiete werden die Wasser- und Abwasserleitungen erneuert. Dazu bauen wir am Kirchberg einen weiteren Hochbehälter und sichern somit die Wasserversorgung unserer Gemeinde langfristig. Die Investitionskosten müssen satzungsbedingt über Kredite finanziert und langfristig über die Gebühren wieder erwirtschaftet werden. In den Wirtschaftsplänen weisen wir Ergebnisse von -218 TEUR für die Wasserversorgung und -589 TEUR für die Abwasserversorgung aus. Für das Planjahr 2026 bleiben die Gebühren konstant. Sie werden sich aber durch die Investitionen in den Folgejahren zwangsläufig wieder erhöhen.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion bei Ihnen Herr Bürgermeister bedanken, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Kinderbetreuung, des Bauhofs, des Forsts und der Wasserversorgung, für die gute Zusammenarbeit. Bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem DRK, der DLRG, der Polizei und bei allen Vereinen und Ehrenamtlichen, die unser Gemeinwesen durch ihr ehrenamtliches Engagement tragen. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir können die großen Krisen der Welt nicht alleine lösen, aber wir können dafür sorgen, dass Weingarten finanziell stark, handlungsfähig und somit selbstständig bleibt - genau dafür steht unsere Fraktion. Lassen Sie uns dafür gemeinsam arbeiten.
Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Haushaltsrede der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Hans-Martin Flinspach



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Damen und Herren,**

wir erlebten eine lange Phase, in der fortwährendes Schlechtreden der Wirtschaft zu einer tragischen Wirklichkeit geworden sind. Der Ampelregierung wurde jeglicher finanzieller Spielraum entzogen. Das Gebäudeenergie-Gesetz wurde in Grund und Boden verdammt und letztendlich die Regierung zu Fall gebracht. Mit vollmundigen Versprechen sollte nach der Wahl alles besser werden.

Die vorher sakrosanke Schuldenbremse, jahrelang als Garant für solide Staatsfinanzen gepriesen, wurde binnen Wochen Makulatur - und damit nicht nur ein symbolisches Opfer, sondern ein deutliches Zeichen dafür, dass selbst grundgesetzlich verankerte Leitplanken unter dem Druck kurzfristiger politischer Interessen aufweichen.

Das vorher verdammte Gebäudeenergie-Gesetz hat immer noch Bestand und ist anscheinend besser als sein Ruf. Obwohl den Bürgern suggeriert wurde wie schlecht das alles ist, sagen die Fachleute in der Beratung und praktischen Umsetzung das Gegenteil.

Umweltstandards werden wieder in Frage gestellt und zurückgeschraubt, obwohl unsere Lebensgrundlagen durch den Klimawandel immer weiter zerstört werden. Wie der UN -Generalsekretär Gutterez sagt: „Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle, mit dem Fuß immer noch auf dem Gaspedal.“

Wir sollten uns wieder viel mehr auf unsere Stärken und Innovationskraft besinnen. Mit Massenproduktion haben uns Länder wie China und Indien schon lange den Rang abgelaufen. Angesichts unseres Lohnniveaus und der Energiepreise werden wir hier keinen Blumentopf gewinnen. Der Schlüssel wird Ingenieurskunst, Wissenschaft und Innovation sein.

Kommunen vor dem Kollaps

Angesichts der wachsenden Belastungen vor allem im Sozialbereich, aber auch durch immer höhere Standards bei Baumaßnahmen und in der Verwaltung stoßen die Kommunen allesamt - und wir in Weingarten an die Grenzen. Wenn Kommunen ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können, leidet unmittelbar die Daseinsvorsorge vor Ort - und damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Natürlich nehmen wir als Kommune in dieser Situation die angekündigten 6,5 Mio. € aus dem neuen Schuldenvermögen des Bundes gerne an.

Trotzdem lautet unsere Forderung: Politik darf nicht weiter auf dem Rücken der Kommunen gemacht werden. Wer Aufgaben verpflichtend überträgt, muss auch die dafür notwendigen Mittel bereitstellen - und verantwortungsvoll mit öffentlichen Finanzen umgehen.

Sparen tut Not

Doch was nützt uns das Lamentieren es gilt auch hier „Hilf dir selbst sonst hilft dir keiner“. Wir müssen vor Ort unsere Möglichkeiten ausschöpfen und können uns nicht auf andere verlassen. Die Haushaltssanierung geht nur mit Einsparungen und der Generierung zusätzlicher Einnahmen. Nachdem die Haushaltskommission am 04. August laut Protokoll zum Kaffeekränzchen verkommen ist, konnten doch im Verlauf der Haushaltplanung 985.500 € an Ausgaben gestrichen werden. Bei den gestrichenen Personalstellen muss aus WBB-Sicht sorgsam darauf geachtet werden, dass entweder Aufgaben reduziert oder leistbar verteilt werden, um Überlastungen zu vermeiden.

Chancen nutzen - Einnahmen generieren

Genauso wichtig ist es mögliche Einnahmequellen zu nutzen. Seit Jahren wird das Thema Windkraft im Gemeinderat blockiert. Die Überlegung einer Photovoltaikanlage auf 15 % der Fläche des Baggersees zu installieren erfährt dasselbe Schicksal. Angeführt vom Bürgermeisterkandidat, assistiert von der FDP und teilweise toleriert durch die Unentschlossenheit und Enthaltung des Amtsinhabers wird das Verhinderungsspiel gegen diese Möglichkeiten erneuerbare Energien in Weingarten voran zu bringen, betrieben. Nachdem sogar der Gutachter von Gegenwind die Genehmigungsfähigkeit der Anlagen in Weingarten eingeräumt hat, geht unbeirrt das Spiel der Akteure weiter. Klar ist indessen, die erzielbaren Pachteinnahmen sind durch die Verzögerungen zum Nachteil für die Gemeinde bereits um rund ein Drittel gefallen.

Wir sind gespannt auf den Bürgerentscheid mit dem die Entscheidung in die Hand der Bürgerinnen und Bürger gelegt wird. Falls der Entscheid, wie in Bruchsal und Kraichtal für die Verpachtung der Gemeindeflächen zur Windkraftnutzung ausgeht, wird der am selben Tag gewählte Bürgermeister dies umzusetzen haben. Vielleicht gelingt es dann dem von der CDU eingebrachten und mit dem Schild „Klimakommune“ am Rathauseingang gefeierten europäischen Energie Award mehr gerecht zu werden.

Besonders fatal wäre es, wenn die **privilegierten** Windräder im Außenbereich nahezu ausschließlich auf Privatgrund oder Nachbargemarkungen realisiert und die wesentlichen Einnahmen der Allgemeinheit in Weingarten vorenthalten würden.

Konsequenzen von nicht genutzten Chancen

Wenn man sich diesen Chancen vehement verweigert, bleiben nur massive Einschnitte, wie Erhöhung der Gebühren, Erhöhung der Steuern, Schließung des Hallenbades, höhere Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung als Beispiele. Von diesem Szenario spricht natürlich keiner gerne. Es könnte jedoch sehr schnell zur zwingenden Realität werden.

Gewerbesteuer eingebrochen

Die Jahresrechnung offenbarte einen massiven Einbruch bei der Gewerbesteuer von rund 4 Mio. € aufgrund von Mindereinnahmen und einer großen Rückzahlung. Mit der für solche Fälle vorgesehene Rückstellung von 1,5 Mio. € konnte dieser Fehlbetrag gegenüber der Haushaltsskalkulation nicht ausgeglichen werden. Ein Anlass für eine Katastrophenstimmung sehen wir allerdings nur in eingeschränktem Maße. Denn der Gemeinde bleiben von der Gewerbesteuer aufgrund der Finanzausgleichsumlage und der Gewerbesteueraumlage nach 2 Jahren lediglich 23 % dieser Einnahmen.

Haushaltssplanung muss realistisch bleiben

Die oft recht euphorisch kalkulierten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen leiden in den letzten Jahren unter der Diskrepanz zwischen Verkaufswillen und der Verkaufsfähigkeit. So sind zum Teil die Planungen und Erschließungsarbeiten nicht so schnell abgeschlossen um wirklich verkaufen zu können oder stehen auch die Kaufinteressenten nicht im gewünschten Umfang parat. Aus unserer Sicht sollte hier vorsichtig kalkuliert werden und der Druck verkaufen zu müssen um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen geringer gehalten werden. Wir wollen keinen Verkauf um jeden Preis oder an jeden um die Einnahmen zu erzielen. Im Klartext z.B. wollen wir keine Kirchen im Gewerbegebiet und keine Bauträger als Schnäppchenjäger im Baugebiet.

Schule - Investition in unsere Zukunft

Auf viele Jahre betrachtet steht der Neubau der Turmbergschule auf dem Festplatz als größte Investition unserer Gemeinde bevor. Die Diskussion über eine Sanierung und Erweiterung am bisherigen Standort in der Ortsmitte – mit einer prognostizierten Bauzeit von sieben Jahren im laufenden Betrieb – wäre nur sinnvoll, wenn dadurch deutlich geringere Kosten entstehen würden. Die bisherigen Untersuchungen und Kalkulationen zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Ein Neubau auf dem Festplatz bietet keinen finanziellen Nachteil gegenüber einer Sanierung, eher im Gegenteil.

Eine Zweiteilung der Schule, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, könnte zwar bei den Baukosten zunächst günstiger erscheinen, würde aber im laufenden Betrieb erhebliche Mehrkosten verursachen. Dazu gehören doppelte Strukturen wie Sekretariat, Mensa, Hort, ein erhöhter Hausmeisterdienst sowie weitere organisatorische Reibungsverluste.

Wir hoffen daher, dass mit der Vergabe an einen Totalunternehmer die Baukosten tatsächlich auf 40 Mio. Euro begrenzt werden können.

Wie ich eingangs betonte, liegt unsere Zukunft in Wissenschaft, Ingenieurwesen und Innovation. Gut ausgestattete Schulen mit engagierten Lehrkräften sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen hervorragend ausgebildet werden und unsere Zukunft aktiv gestalten können.

Das freiwerdende Schulgelände im Ortskern ist ein echtes Fililstück unserer Gemeinde. Mit diesem wertvollen Areal muss sorgsam umgegangen werden. Es eröffnet große Chancen und darf keinesfalls leichtfertig veräußert oder unter Wert genutzt werden.

Erhaltung, Sanierung und Erneuerung unserer Infrastruktur

Gemäß der Eigenkontrollverordnung ist die Gemeinde verpflichtet, ihr Kanalnetz im Abstand von zehn Jahren mittels Kamerabefahrung auf seine Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Undichte Kanäle, die das Grundwasser verunreinigen, stellen einen Straftatbestand dar. Die aktuelle Befahrung, die dem Gemeinderat noch nicht vorgestellt wurde, wird voraussichtlich erneut ein Maßnahmenpaket ergeben, das je nach Dringlichkeit abgearbeitet werden muss.

Die bisherige Vorgehensweise hat sich bewährt: Für besonders kritische Bereiche wird ein Sanierungsgebiet beantragt, sodass mit entsprechender Förderung die komplette Infrastruktur im jeweiligen Straßenabschnitt erneuert und der Straßenraum neugestaltet werden kann. Dieses Vorgehen ist vorbildlich.

Insbesondere in der Niedrigzinsphase konnten u.a. die Jöhlinger Straße, die Schillerstraße, die Paulusstraße und aktuell die Burgstraße umfassend saniert werden. Trotz der damit verbundenen Kosten ist dies auch ein Verdienst von Bürgermeister Bänziger.

Kirchberg -Mittelweg – millionenschwere Hypothek für alle

Im Baugebiet Kirchberg-Mittelweg zeigen sich mittlerweile die Auswirkungen, die wir bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplans vorhergesagt hatten - sowohl in Bezug auf die Eingriffe in Natur und Umgebung als auch hinsichtlich der Kostenentwicklung und der Belastungen für die Grundstücks-eigentümer. Von den kalkulierten 16 Mio. € Baukosten werden rund 7 Mio. € nicht umlagefähige Kosten von der Gemeinde zu tragen sein. Wie angekündigt begleiten wir das Verfahren weiterhin konstruktiv und kritisch, akzeptieren jedoch selbstverständlich die demokratisch getroffene Entscheidung. Wir erwarten eine strikte Kostenkontrolle, um zusätzliche Belastungen zu vermeiden.

Jedermann - Recht getan ...

lässt immer einzelne Unzufriedene zurück

Unsere oberste Prämisse lautet dabei: Handeln zum Wohle der Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Als Teil der kommunalen Verwaltung tragen wir als Gemeinderäte Verantwortung für das große Ganze. Dass dabei nicht immer das individuelle Anliegen jedes einzelnen Bürgers maßgeblich sein kann, stößt zwar teilweise auf Unverständnis, ist aber für eine ausgewogene und gemeinwohlorientierte Entscheidung unverzichtbar.

Kläranlage ertüchtigen –

sichere Entsorgung des Abwassers im Zweckverband

Mit der Ertüchtigung der Kläranlage im Abwasserzweckverband mit Walzbachtal steht eine Großinvestition von rund 24 Mio. € an. Die Finanzierung erfolgt über Kredite mit einer Abschreibung über 50 Jahre; Zins- und Tilgungskosten fließen in die Abwassergebühren ein. Die Anlage wird auf anaerobe Klärung mit Faulung umgestellt, das entstehende Gas in einem Blockheizkraftwerk genutzt und zusätzlich Photovoltaik installiert. Dadurch erwarten wir deutliche Einsparungen bei den Betriebskosten.

Die erfolgreiche Arbeit des Abwasserzweckverbands zeigt den hohen Wert interkommunaler Zusammenarbeit, durch die Synergien genutzt und Kosten gesenkt werden können. Dieses Modell sollte stärker auf weitere Bereiche wie die Wasserversorgung oder technikintensive Bauhoftätigkeiten mit Nachbar-kommunen ausgeweitet werden.

Unser Wald – Klimawandel zeigt massive Auswirkungen

Die Vorstellung des Forstbetriebsplanes zeigte überraschend

schwarze Zahlen, die vor allem auf den Verkauf von Ökopunkten für die Erhaltung von Potentialbäumen für den Heldenbockkäfer zurückzuführen sind. Mit dieser Einnahmequelle kann der Verzicht auf deren Einschlag gut ausgeglichen werden.

Doch die Situation unserer Wälder bleibt angespannt: Im Jahr 2025 rechnet unsere Försterin bislang mit rund 85 % sogenannter zufälliger Nutzung. Das bedeutet, dass Bäume überwiegend aufgrund von Trockenschäden sowie mangelnder Standsicherheit entlang von Straßen und Schienen entnommen werden müssen. Besonders betroffen sind die Buchenwälder im Bergwald, die vom Verfall bedroht sind. Absterbende Bäume werden einerseits noch verwertet, andererseits geht dadurch die für die Verjüngung notwendige Schattenwirkung verloren. Diese Entwicklung zeigt deutlich die Auswirkungen des Klimawandels. Das auf eine zehnjährige Bewirtschaftungsperiode ausgelegte Forsteinrichtungswerk bietet unter diesen Bedingungen kaum noch Planungssicherheit, was für die Gemeinde und insbesondere für unsere Försterin eine große Herausforderung darstellt.

Meine Damen und Herren lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Zustimmung zum Haushalt

Die WBB-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltspflicht für den Kernhaushalt, sowie den Plänen für die Eigenbetriebe zu. Wir sollten insbesondere im Hinblick den Klimawandel das Thema erneuerbare Energien konsequent verfolgen und uns nicht vor rentierlichen Kosten scheuen, wenn in absehbarer Zeit eine Amortisation und Entlastung unseres Haushalts erfolgt.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Forstbetrieb, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder, sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken.

Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem schönen Weingarten!



Haushartsrede der Grünen Liste Weingarten (Baden)

gehalten von Gemeinderat Dr. Nico Brandt



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

das Jahr 2026 steht vor der Tür und damit die Verabschiedung des Kernhaushalts sowie der Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Gemeinde Weingarten. Dieses Mal kann die Verabschiedung sogar rechtzeitig vor Jahresbeginn erfolgen. An dieser Stelle bereits ein großes Lob an unsere Gemeindeverwaltung, insbesondere an die Finanzverwaltung, für die zeitnahen Vorbereitungen. Auch die Jahresabschlussrechnung 2024 sowie der dritte Quartalsbericht für das Jahr 2025 konnten bereits im Gemeinderat vorgestellt werden, was die Planung für das kommende Jahr deutlich vereinfacht hat.

Leider waren dies bereits die wenigen guten Nachrichten für die Haushaltssplanung 2026. Mit einem veranschlagten **ordentlichen Ergebnis von knapp -1,3 Mio. €** sieht die finanzielle Lage der Gemeinde alles andere als rosig aus. Den ordentlichen Erträgen von 35 Mio. € stehen Aufwendungen von 36,3 Mio. € entgegen. Geplante Investitionen sind dabei noch nicht eingepreist, da sich diese erst durch Zinsen und Abschreibungen im Ergebnishaushalt bemerkbar machen werden. Neben stetig steigenden Personalkosten sowie den üblichen, jährlichen Kostensteigerungen fällt vor allem die Kreisumlage auf der Seite der Aufwendungen ins Gewicht, also die Zahlungen der Gemeinde an den Landkreis Karlsruhe. Grund ist der stark gestiegene **Sozialetat des Landkreises**, unter anderem durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das etliche Verbesserungen der Lebensqualität von Menschen mit Behinderung vorsieht. Im Prinzip natürlich eine gute Sache, allerdings fehlt eine ausreichende Gegenfinanzierung von Seiten des Bundes (Stichwort: Konnexitätsprinzip).

Zwar sollen vom Land Baden-Württemberg aus dem vom Bund beschlossenen und kreditfinanzierten **Sondervermögen für Infrastruktur** zusätzliche Mittel an die Kommunen fließen, u. a. sind für die Gemeinde Weingarten aktuell 6,5 Mio. € für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung wird dadurch jedoch nicht zu erzielen sein. Laufende Kosten, wie etwa die Kreisumlage, dürfen ohnehin nicht dauerhaft durch Schulden finanziert werden. Dieser Grundsatz gilt gleichermaßen für Bund, Länder und Kommunen. Letztere müssen perspektivisch also lernen, erst einmal selbst mit der aktuellen finanziellen Situation umzugehen.

Nach aktuellem Stand ist trotz allem ein **positives Gesamtergebnis von 5,5 Mio. €** für den Haushalt 2026 der Gemeinde Weingarten veranschlagt. Wie bereits in der Planung der letzten zwei Haushaltsjahre, kommt dieses durch ein hohes veranschlagtes **Sonderergebnis von diesmal 6,8 Mio. €** zustande. Auch die mittelfristige Haushaltssplanung sieht, was dies betrifft, ähnlich aus. Hinter dem Ganzen stecken in erster Linie **Grundstücksverkäufe über dem Buchwert**, beispielsweise im aktuell neu erschlossenen Gewerbegebiet Sandfeld, an der Durlacher Straße oder im Gebiet Kirchberg-Mittelweg. Wie allen bekannt, lassen sich diese jedoch nur einmal veräußern. Um aus unserer Verwaltung zu zitieren, verkaufen wir im übertragenen Sinne das „Tafelsilber“ der Gemeinde. Weiterhin lassen Grundstücksverkäufe keine verlässliche Planung zu, was im vorgestellten, dritten Quartalsbericht des Jahres 2025 deutlich wurde. Das im letzten Jahr veranschlagte Sonderergebnis von 5,4 Mio. € wird laut Prognose um fast 3,7 Mio. € unterschritten, maßgeblich aufgrund nicht erfolgter Grundstücksverkäufe. Somit verbleiben mittelfristig zwei Optionen für eine verlässliche und nachhaltige Konsolidierung des Haushalts: **Die Generierung zusätzlicher Erträge und eine Verringerung der Aufwendungen.**

Betrachten wir dazu zuerst das **Einsparpotenzial** der Gemeinde. Aufgrund der Vielzahl an Pflichtaufgaben, welche die Gemeinde leisten muss, werden Einsparungen alleine nicht ausreichend sein, um etwa die gestiegene Kreisumlage ausgleichen zu können. Dennoch macht es Sinn, die **freiwilligen Leistungen der Gemeinde Weingarten** kritisch zu beleuchten, weshalb im Rahmen der diesjährigen Haushaltssberatungen eine entsprechende Liste von der Verwaltung unter Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche zusammengestellt wurde. Insbesondere durch die Streichung aktuell offener Stellen der Gemeinde sowie etlicher Einsparungen durch die Reduzierung externer Dienstleistungen und Zuschüsse konnten **Minderaufwendungen von gut 500 Tsd. €** in der Planung erzielt werden. Gleichzeitig wurde ersichtlich, dass **Einsparungen in der Tat nicht ausreichend sein werden, um das Haushaltsdefizit auszugleichen**, ohne wichtige Leistungen wie die Förderung von Vereinen oder der Jugend- und Sozialarbeit kürzen zu müssen, was für uns keine Option darstellt.

Potenzial sehen wir zukünftig darin, die **Bürgerschaft in die Haushaltssolidierung einzubeziehen**. Ein solches Vorhaben wird auch durch die Servicestelle Bürgerbeteiligung vom Land organisatorisch und finanziell unterstützt. Beispielsweise könnte ein Bürgerforum aus zufällig ausgewählten

Vertretern den Gemeinderat und die Verwaltung dabei unterstützen, zusätzliche Einsparpotenziale zu identifizieren. Hierbei ist oft Kreativität gefragt, und weniger detailliertes Wissen über die Gemeindefinanzen. Ebenfalls könnte hierdurch die Akzeptanz in der Bürgerschaft für Einsparungen oder steigende Gebühren erhöht werden, womit wir beim Thema der Generierung zusätzlicher Erträge angekommen wären.

Eines sei dabei vorweggesagt: Neben der Erschließung neuer Einnahmenquellen stehen der Gemeinde nur wenige „Stellschrauben“ in diesem Kontext zur Verfügung. Eine dieser Stellschrauben besteht in Form der **Steuerhebesätze**, insbesondere für **Grundsteuer und Gewerbesteuer**. Erst kürzlich fand durch die Grundsteuerreform eine Neuverteilung der Steuerlast in Baden-Württemberg statt, wobei das Gesamtaufkommen in Weingarten durch die Aufkommensneutralität voraussichtlich nahezu unverändert bei 1,5 Mio. € verbleiben wird. Eine Erhöhung des Hebesatzes, kurz nach einer solch massiven Umverteilung, erscheint uns unklug. Bleibt also noch die Gewerbesteuer, die trotz eines zwischenzeitlichen Rückgangs mit immerhin 6,3 Mio. € im Haushaltsjahr 2026 veranschlagt ist. Auch Gewerbebetriebe wurden durch die Grundsteuerreform beeinträchtigt, allerdings fallen insbesondere innerhalb der Gewerbegebiete geringere Steuern als zuvor an. Wäre daher eine entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer sinnvoll, oder gar gerecht? Auch dies will gut bedacht sein, denn ein höherer Hebesatz würde nicht nur Betriebe in den Gewerbegebieten treffen, sondern auch innerörtliches Gewerbe, das bereits durch die höheren Bodenrichtwerte bei der Grundsteuer stärker belastet wird.

Eine zweite Stellschraube stellen **Gebühren** dar: Gebühren für Kitas, für die Nutzung gemeindeeigener Räumlichkeiten, den Friedhof oder diverse Verwaltungsgebühren. Im Gegensatz zu den Steuern erlauben diese in aller Regel eine gezieltere Regulierung, im Falle einer Erhöhung allerdings auch eine einseitige Mehrbelastung. Dennoch sieht die Planung für das kommende Jahr etliche, teils überfällige, Gebührenerhöhungen vor, allein schon um einen Ausgleich der jährlichen Kostensteigerungen erzielen zu können. Einige Anpassungen, wie beispielsweise das Parken am Baggersee, wurden im aktuellen Jahr bereits umgesetzt. Um direkt bei dem Beispiel des Baggersees zu bleiben: Dass die Erhöhung der Parkgebühren vereinzelt auf Unverständnis stößt, während parallel ein neuer Abschnitt des See-Areals gerodet und ausgebaggert wird, ist auf der einen Seite verständlich. Andererseits ist gerade der Baggerbetrieb dafür verantwortlich, dass unser beliebter See überhaupt erst existiert.

Nebenbei entstehen der Gemeinde Pachteinnahmen von 285 Tsd. € im Jahr. Allerdings werden auch diese Einnahmen früher oder später wegfallen, weshalb seitens der Grünen Liste Weingarten nach wie vor eine **schwimmende Photovoltaikanlage auf dem Baggersee** eine sinnvolle Option darstellt, um zumindest einen Teil dieser Einnahmen erhalten zu können. Neben den finanziellen Aspekten könnte gerade während dem noch laufenden Baggerbetrieb der erzeugte Strom an Ort und Stelle verbraucht werden. Weiterhin kann eine solche Anlage, die maximal 15% der Seefläche belegen darf, bei entsprechender Anordnung als Abschirmung gegen menschlichen Einfluss für die im westlichen Teil des Baggersees sich befindlichen Steilwände und die Flachwasserzone im Norden dienen, die u. a. für Uferschwalben, Wasservögel und Amphibien wichtig sind. Diese Option erscheint uns allemal sinnvoller, als beispielsweise eine Förderung von Erdöl in unmittelbarer Nähe des Baggersees. Für dieses Vorhaben wurde mittlerweile ein

neuer Investor gefunden, weshalb in den kommenden Haushaltsjahren jeweils 212 Tsd. € an Pachteinnahmen veranschlagt sind.

In diesem Kontext ist natürlich auch die Thematik der **Windkraft** relevant. Nach jahrelangen Diskussionen findet nun, zeitgleich zur Landtags- und Bürgermeisterwahl am 8. März 2026, ein **Bürgerentscheid** statt. Die mit einem einfachen „ja“ oder „Nein“ zu beantwortende Frage lautet, ob die Gemeinde Weingarten die gemeindeeigenen Flächen am Hinteren Heuberg zum Zwecke der Errichtung von Windenergieanlagen verpachten darf. Parallel wird eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, um die Bürgerschaft entsprechend informieren zu können. Auch wir stehen hinter diesem Bürgerentscheid, wenngleich eine Zusage zur Verpachtung der Flächen schon vor Jahren vom Gemeinderat hätte entschieden werden sollen. Einerseits hat sich der Markt seit dem ursprünglichen Angebot des bisherigen Projektierers EnBW zu Ungunsten der Gemeinde im Hinblick auf die möglichen Pachteinnahmen entwickelt. Auch die neuen Entwurfsplanungen des Regionalverbands Karlsruhe, wodurch sich die Windvorranggebiete in Richtung privater Grundstücksflächen verlagern würden, machen die Situation nicht einfacher.

So oder so wird die Windkraft in Weingarten voraussichtlich kommen. Die Frage ist, profitiert aus finanzieller Sicht auch die Gemeinde oder überwiegend private Eigentümer? Aus Sicht der notwendigen Energiewende, und damit des Klimaschutzes, ist Windkraft ohnehin zu begrüßen. Selbst wenn Waldflächen für den Bau von Windenergieanlagen gerodet werden müssen, werden diese in gleichem Maße wieder aufgeforstet. Teilweise sogar an gleicher Stelle, da für den Betrieb der Windenergieanlagen weniger Fläche als für deren Bau benötigt wird. Ohnehin ist es um den Wald in Weingarten stellenweise schlecht bestellt, nicht nur auf dem Heuberg. Um diesen resilient für den Klimawandel zu machen, sind langfristige Änderungen hinsichtlich des Baumbestandes und der Bewirtschaftung notwendig. Hier kann sich die Gemeinde Weingarten glücklich schätzen, eine motivierte Försterin gefunden zu haben, die gemeinsam mit ihrem Team diese anspruchsvolle Aufgabe übernimmt.

Nun aber zu dem sprichwörtlichen Elefanten im Raum: Dem geplanten **Neubau der Turmbergschule auf dem Festplatz**. Mit geschätzten **Baukosten von aktuell 40 Mio. €** ist klar, die mittelfristige Haushaltsplanung steht und fällt letztendlich allein mit diesem monumentalen Bauvorhaben. Zusätzlich anfallende Folgekosten, etwa für die Verkehrsgestaltung um den Festplatz herum, sind hierbei noch nicht eingepreist. Nach dem Grundsatzbeschluss im Jahr 2023, den Schulneubau auf dem Festplatz voranzutreiben, wurden Ende dieses Jahres nun die ersten konkreten Eckdaten zum Flächen- und Kostenbedarf seitens der beauftragten Projektsteuerung vorgestellt. Damit ist u. a. nun bekannt, dass die Gemeinde im besten Fall aktuell mit einem Förderpotenzial von 13,5 Mio. € rechnen kann. Die bislang noch vollkommen offene Verwertung des Altstandortes, etwa durch die Veräußerung der Grundstücke, könnte dagegen maximal 5,2 Mio. € an Erträgen generieren. Hiermit verbleibt nach aktuellem Plan ein **Finanzierungsbedarf von gut 21 Mio. €**, der von der Gemeinde zu stemmen ist. Ein Blick auf die mittelfristige Haushaltsplanung bis ins Jahr 2029 zeigt daher eine **Netto Kreditaufnahme in Höhe von 16 Mio. €**, wodurch der aktuelle Schuldenstand der Gemeinde um ca. 50% steigen würde. Vermutlich lässt sich zwar der Anteil der Gemeinde Weingarten am anfangs bereits erwähnten Sondervermögen für Infrastruktur zur Gegenfinanzierung heranziehen, dennoch werden zusätzliche Kredite notwendig sein. Dies ist zunächst

einmal nicht pauschal als negativ zu betrachten, sofern diese nicht zur Finanzierung des konsumtiven Haushalts eingesetzt werden. Kredite erlauben Investitionen in die Zukunft, die ansonsten unmöglich umzusetzen wären. Und wo sind diese besser investiert, als in die Bildung? Durch entstehende Zinskosten und Abschreibungen werden zukünftige Generationen zwar durchaus stärker belastet, gerade diese profitieren jedoch von der entstehenden Infrastruktur. **Die Grüne Liste Weingarten ist daher bereit, den Schulneubau mitzutragen.** Wir bedauern allerdings die Entscheidung für einen Totalunternehmer gegenüber der Durchführung eines Planungswettbewerbs, da uns wichtig ist, dass in erster Linie für unsere Kinder und Jugendlichen gebaut wird. Wir benötigen eine Schule mit hoher Aufenthaltsqualität, die auch im Bedarfsfall erweiterbar ist, und keinen klimaschädlichen, billigen Betonbau, der nach kurzer Zeit wieder sanierungsbedürftig ist. Es wird sich zeigen, ob sich durch die Beauftragung eines Totalunternehmers tatsächlich ein Einsparpotenzial ergeben wird.

Klar ist, viel Spielraum wird der Gemeinde Weingarten in den kommenden Jahren nicht verbleiben. Etliche Investitionen wurden bereits begonnen, wie beispielsweise die Sanierung der Burgstraße, und diese werden natürlich fertiggestellt. Andere Investitionen können dagegen durch Förderungen, Erschließungsbeiträge oder auch laufende Gebühren gegenfinanziert werden, wie etwa Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Hier sind insbesondere die Ertüchtigung bzw. Erweiterung der CARIXAnlage sowie der klimaneutrale Umbau des Klärwerks zu nennen. So oder so muss in Zukunft jede neue Maßnahme deutlich kritischer hinterfragt werden. Auch durch die Senkung von Standards oder der Vereinfachung von Bauvorhaben können möglicherweise Kosten eingespart werden, soweit dies im gesetzlichen Rahmen möglich ist.

Für uns ist vor allem wichtig, dass der **Klimaschutz** trotz aller Sparmaßnahmen nicht zu kurz kommt. Weingarten ist hier insgesamt bereits auf einem guten Weg. Energetische Sanierungen und die Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäudentragen nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern rechnen sich auch finanziell. Das vollständige Potenzial erneuerbarer Energien wird in der **komunalen Wärmeplanung** ersichtlich, welche dieses Jahr vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Zwar liegt der Fokus dabei auf möglichen WärmeverSORGungskonzepten, aufgrund der steigenden Elektrifizierung des Wärmesektors ist jedoch die lokale Stromerzeugung besonders wichtig. Neben der Windkraft ist das Potenzial der Sonnenenergie in der Gemeinde Weingarten riesig, da eine hohe Anzahl ungenutzter, privater Dachflächen vorhanden ist. Zwar besteht in der Regel kein Zwang zur Installation entsprechender Anlagen, dennoch sollten Eigentümer verstärkt darüber nachdenken, Photovoltaik- oder auch Solarthermieanlagen installieren zu lassen und insbesondere für den Eigenbedarf zu nutzen. Letztendlich gilt laut Grundgesetz Art. 14 Abs. 2 schließlich auch: **Eigentum verpflichtet und soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen**, was natürlich nicht nur für die Thematik der Photovoltaik relevant ist.

Leider reicht Klimaschutz allein nicht aus, sondern wir müssen zunehmend auch in den Bereich der **Klimaanpassung** investieren. Daher begrüßen wir die Sanierung und Erweiterung des Hochwasserrückhaltebeckens am alten Schloss sowie das aktuell in Arbeit befindliche Starkregenrisikomanagement für die Gemeinde Weingarten. Beide Maßnahmen werden vom Land gefördert. Was wir dagegen nicht befürworten, sind weitere **Versiegelungen am Ortsrand** für Märkte wie ALDI oder dm. Nicht nur würde ein Großteil der versiegelten Fläche

letztendlich Parkplätzen für PKWs zum Opfer fallen, ein solches Vorhaben steht auch im direkten Widerspruch zum Projekt der „lebendigen Ortsmitte“. Bei diesem steht nicht nur die Aufenthaltsqualität und die Verkehrsführung der Ortsmitte im Fokus, sondern auch die Vereinbarung dieser Aspekte mit dem innerörtlichen Gewerbe.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass noch einiges passieren muss, um zukünftig wieder einen nachhaltigen Haushalt erwirtschaften zu können, auch wenn sich die Gemeinde Weingarten trotz allem in einer vergleichsweise noch akzeptablen finanziellen Lage befindet. **Die Generierung zusätzlicher Einnahmenquellen sollte hierbei im Vordergrund stehen**, diese sind allerdings in der Regel erst mittelfristig zu realisieren. Daher werden weitere Sparmaßnahmen, Gebührenerhöhungen, und im Zweifelsfall auch Steuererhöhungen notwendig sein. Die Grüne Liste Weingarten wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Mehrbelastung der Bürgerschaft möglichst gering zu halten, ohne dabei jedoch auf wichtige Investitionen und Leistungen seitens der Gemeinde verzichten zu müssen. Zum Abschluss danken wir allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sehr herzlich für das vielfältige Engagement in den zahlreichen Vereinen, Rettungsorganisationen oder sonstigen Initiativen, die das Miteinander in der Gemeinde Weingarten maßgeblich prägen. Wir danken ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der gemeindeeigenen Betriebe. Der zukünftigen interfraktionellen Zusammenarbeit im Gemeinderat sehen wir zuversichtlich entgegen. Trotz manchmal gespaltener Meinungen finden sich in aller Regel Kompromisse, die zu guten Lösungen für die Gemeinde Weingarten führen.

Wir stimmen dem Kernhaushalt und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu.

Haushaltsrede der FDP-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Matthias Görner



„Dreh- und Angelpunkt der diesjährigen Haushaltsberatungen ist die Verlagerung unserer Turmbergschule auf den Festplatz“ - mit dieser Aussage startete die FDP-Fraktion im Oktober in die öffentliche Debatte um unseren jährlichen Etat. Nachdem uns heute der zur Beschlussfassung anstehende Entwurf vorliegt, hat diese Feststellung nicht an Wahrheit eingebüßt - im Gegenteil: Auch wenn durch die beharrliche Initiative der CDU-Fraktion mittlerweile von einem Generalplaner abgerückt wurde und man die Kostenvorteile einer standardisierten Bauweise erkannt hat, so dominiert die prognostizierte Investitionssumme von 40 Mio. € nicht nur unsere jährliche, sondern die gesamte mittelfristige Finanzplanung. Still und leise hat man sich daher von einer ganzen Reihe über lange Jahre verfolgter Vorhaben verabschiedet: Von einem groß angelegte Radwegekonzept verbleibt nun nach dem Ausbau des Breitwiesenwegs lediglich die Strecke nach Grötzingen, der Traum eines Außenbeckens für das Walzbachbad zerplatzt an der finanzpolitischen Realität, und darüber hinaus wurden sämtliche Planansätze für Sanierung, Ersatz- beziehungsweise Neubau unserer Kindergärten trotz kostenintensiver Machbarkeitsstudien Opfer einer Konzentration aller Kräfte auf ein einziges Vorhaben. Die Geräuschlosigkeit, mit der man Planungen zu Grabe trägt, hat ihre Gründe: Generell scheut die Verwaltung vor der Verbreitung negativer Botschaften zurück. An der über lange Jahre eingespielten Arbeitsteilung, dass nämlich der Bürgermeister für das Verteilen von Geschenken, der Gemeinderat hingegen für Ausgabenkürzungen zuständig ist, hält man leider trotz vielfältiger Kritik nach wie vor unbeirrt fest.

Fokussierung auf ein einziges Ziel

Vor uns liegt also ein Haushaltsplanentwurf mit Schlagseite, und es ist sicher kein Mangel an Demokratieverständnis oder beginnender Altersstarrsinn, wenn die FDP-Fraktion an dieser Stelle ein weiteres Mal auf den Grundsatzbeschluss für eine komplette Schulverlagerung vom 24.10.2023 eingehen möchte. Seither haben die kommunalen Finanzen einen regelrechten

Kollaps erlebt, für den sich im politischen Sprachgebrauch der Begriff „Rastatt-Syndrom“ eingebürgert hat. Die knapp vierzig Kilometer entfernte Kommune erlebt dieses Jahr einen Totalausfall bei der Gewerbesteuer, in einnahmenverwöhnten Städten wie Stuttgart oder Sindelfingen breitet sich Ratlosigkeit aus, aber nach wie vor prallen die Hilferufe der Städte und Gemeinden ungehört an der Außenhaut der Berliner politischen Blase ab. Langfristig kann an der Misere der Städte und Gemeinden auch eine als „Sondervermögen Infrastruktur“ titulierte massive Neuverschuldung nichts verbessern. Doch nicht nur die veränderten finanzpolitischen Realitäten erfordern eine Überprüfung der vor zwei Jahren getroffenen Grundsatzentscheidung. Immer deutlicher zeigt sich, dass die von der Schulleitung vorgestellte Zahlenbasis nicht stimmt und Wunsch und Wirklichkeit immer weiter auseinanderklaffen.

Bauen wir eine Schule für Kinder, die es nicht gibt?

Nahezu unbemerkt von Gemeinderatsmehrheit und Verwaltung vollzieht sich derzeit ein stetiger Geburtenrückgang, den die FDP-Fraktion als einzige zu adressieren und beziffern bereit ist. Auch das ARD-Morgenmagazin berichtete am vergangenen Donnerstag über den besorgniserregenden Trend. Während in Weingarten im Jahr 2020 noch 106 Kinder zur Welt kamen, sank diese Zahl 2024 auf 66 Neugeborene. Auch dieses Jahr sieht es nicht viel anders aus, gerade einmal 68 Geburten verzeichnet die Statistik bis zum heutigen Abend. Eine ähnliche Entwicklung melden die Nachbargemeinden. Die Zahlen für Walzbachtal lagen 2020 bei 89 und dieses Jahr bei 70, die der Stadt Stutensee 2020 bei 210 und 2025 bei 159. Schon heute hinken die tatsächlichen Zahlen den Prognosewerten bei der Grundschule um 27 Schüler hinterher. Diese Differenz wird sich weiter vergrößern, da die Realisierung der Neubaugebiete insgesamt schleppend verläuft. Damit droht die konkrete Gefahr, dass wir bei nachlassender Finanzkraft eine um einige Nummern zu voluminös geratene Schule planen und bauen und dass auch die optimistisch angesetzten Einpendlerzahlen aus unseren Nachbargemeinden hinter der erwarteten Größenordnung zurückbleiben werden.

Wir geraten in eine Endlosschleife

„Ja, aber Weingarten wird doch in Zukunft weiterwachsen und wenn dann die 180 Wohneinheiten auf dem Trautweingelände bezugsfertig sind, werden wir die größere Schule brauchen“ - diesen Einwurf hören wir mit schöner Regelmäßigkeit, doch auch er verdient eine etwas gründlichere Analyse. Immer mehr zeigt sich, dass unser Investitionsbedarf durch ein Wachstum ausgelöst wird, das die Einwohner Weingartens weder wünschen noch finanzieren möchten. Ganz gleich ob die Kläranlage, die Trinkwasseraufbereitung, unsere Hochbehälter oder unsere Schule an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, Ursache ist keinesfalls der Bedarf der heutigen Einwohner Weingartens, sondern der durch die Erschließung neuer Baugebiete generierte. Auch die kostenintensive Pflege der für das Wachstum notwendigen Ausgleichsflächen ist von der Allgemeinheit zu tragen. Gleichzeitig müssen wir zur Finanzierung des Mehrbedarfs weitere Wohnbauflächen veräußern. So sollen 2029 aus dem Verkauf des Geländes beim Reiterverein rund 12 Mio. € erlost werden, um einen Schulneubau zu finanzieren, der wiederum gebraucht wird, weil die Gemeinde Einnahmen und Wertabschöpfung aus der Erschließung von Neubaugebieten gewinnen wollte. Bei dieser Endlosschleife bleiben nicht nur Wohn- und Lebensqualität sowie soziales Miteinander,

sondern auch selbstformulierte Zielsetzungen wie Reduzierung des Flächenverbrauchs, Erhalt eines dörflichen Charakters oder der Schutz von Durchlüftungsschneisen zwischen Ortskern und Waldbrücke auf der Strecke. Nicht umsonst fällt immer häufiger im Austausch mit unseren Bürgern – ja, wir können auch zuhören - der Satz: „Wann reicht es Euch denn endlich?“ Mit dieser Frage müssen wir uns zu Recht auseinandersetzen, denn wir haben bei unserer Verpflichtung als Gemeinderäte gelobt, das Wohl unserer Gemeinde und ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern. Tun wir dies wirklich, wenn wir immer mehr Gemeindeeigentum in erster Linie an Investoren und Bauträger zur Errichtung von immer stärker verdichtetem Wohnraum veräußern? Halten wir diese Zusage ein, wenn wir bei stagnierenden Realeinkommen unsere letzten Naherholungsräume am Baggersee oder unsere Waldflächen für die Erzeugung von Flatterstrom zu opfern bereit sind? Tragen wir durch die Entscheidungen in diesem Ratssaal nicht auch zur massiven Umverteilung und zur Vermögenskonzentration in den Händen einiger weniger bei?

Die soziale Frage bleibt außer Acht

Ja, die FDP war vielleicht einmal die Partei der Besserverdienenden, doch gerät angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen die soziale Frage immer stärker in unser Blickfeld. Unser Abstimmungsverhalten befördert Geld in die eine oder andere Richtung. Wir müssen wählen, ob wir eher auf der Seite der Großkonzerne stehen, die am südlichen Ortsrand ihre Märkte ausbreiten wollen oder ob wir diejenigen unterstützen möchten, die in der Bahnhofstraße einen verzweifelten Kampf gegen die Konkurrenz am Ortsrand führen. Wir haben zu entscheiden, ob unsere Wohnbauflächen paketweise an Investoren veräußert werden, oder ob es doch mal wieder klassische Ein- oder Zweifamilienhäuser sein dürfen, denn nichts ist werthaltiger und als Alterssicherung besser geeignet als die eigene Immobilie, und nicht zuletzt dürfen wir die zwanzig Prozent unserer Haushalte nicht vergessen, die keinerlei Rücklagen für Unvorhergesehenes auf der Seite haben und die sich mittlerweile keine Urlaubsreise mehr leisten können. Gerade für diese Menschen haben der gemeindeeigene Wald am Heuberg und unser Baggersee als leicht erreichbare und kostengünstige Naherholungsräume eine besondere Wertigkeit.

Unsere Familienförderung läuft ins Leere

Kehren wir nochmals zu unserer demographischen Entwicklung zurück, denn auch die eingangs aufgeführten Geburtenzahlen bedürfen einer vertieften Analyse. Sind sie schon für sich alleine besorgniserregend, so kann man sie mit Blick auf unsere jährlichen Leistungen für die Kinderbetreuung geradezu als dramatisch bezeichnen. Der Zuschussbedarf für Kindertagesstätten, Kindergärten und für den Hort an der Schule kennt nur eine Richtung: Steil nach oben. Rund 4,2 Mio. € sind für 2026 angesetzt, diese Zahl wird sich bis zum Ende der mittelfristigen Planung im Jahr 2029 durch Sach- und Personal-kostensteigerungen auf 4,5 Mio. € weiter erhöhen. Ganz emotionslos betrachtet stehen Aufwand und Ertrag in einem zunehmenden Missverhältnis. Geht man etwas tiefer, so scheinen wir in einer Gesellschaft zu leben, die ihrer selbst überdrüssig geworden ist und sich von ihrer eigenen Zukunft verabschiedet hat. Mit diesen Feststellungen wollen wir eine Diskussion anstoßen, wie man gerade jungen Familien wieder eine positive Zukunfts-perspektive vermitteln kann. Diese sehen wir zum jetzigen Moment eher im Erhalt von Freiräumen, in der Vermeidung von Schuldenlasten, im Abbau von Reglementierung sowie in der tatsächlichen Würdigung der Leistungen von Müttern und Vätern als in verstärkter baulicher Nachverdichtung und in noch weiteren Eingriffen in die Lebensgestaltung junger Menschen.

Es wächst nur noch der öffentliche Sektor

Die auf allen Ebenen zu beobachtende Überregulierung zeigt sich nirgendwo deutlicher als bei den Personalkosten. Zwar war eine leistungsgerechte Bezahlung als Anerkennung und Motivations-instrument für unsere Fraktion schon immer eine Selbstverständlichkeit, doch haben wir es mittlerweile mit Zuwachsraten zu tun, die wir so nicht aufrechterhalten können. Lag die Zahl der Mitarbeiter unserer Gemeinde vor fünfzehn Jahren noch deutlich unter hundert, so ist mittlerweile ein Wert von ungefähr 220 und ein Personalkostenansatz von über zehn Mio. € erreicht. Hält diese Entwicklung weiter an, so wird in rund siebzig Jahren der Idealzustand eingekehrt sein: Wir werden alle bei der Gemeinde arbeiten. Doch damit nicht genug: Rund um unsere Verwaltung hat sich ein zweites Netzwerk aus Dienstleistern, Planern und Beratern aufgebaut. Damit belaufen sich die tatsächlichen gesamten Personalkosten auf sagenhafte 19 Mio. € allein für das kommende Jahr. Gerade die externen Berater glänzen mit Intellekt, bunten Präsentationen, Variantenstudien und vermeintlicher Expertise, doch können sie uns allesamt eines nicht abnehmen: Die politische Verantwortung. Nicht sie werden beim Einkauf oder am Telefon nach den Gründen einer kontroversen Entscheidung gefragt, sondern wir als ehrenamtliche Gemeinderäte, die wir für eine symbolische Aufwandsentschädigung im einstelligen Eurobereich und nicht für Stundensätze von hundertfünfzig Euro plus Fahrtkosten tätig sind. Wichtig war uns in den Haushaltberatungen daher die Zusage, jede Form externer Beratung dem Verwaltungsausschuss zur Beschluss-fassung vorzulegen. Aus unserer Sicht ist der größte Teil verzichtbar: Ausdrücklich lässt unsere Gemeindeordnung die Miteinbeziehung sachkundiger Bürger in die Entscheidungsfindung des Gemeinderats zu. In einer Gemeinde mit bald 11.000 Einwohner sind sowohl Fachwissen als auch die Bereitschaft, dieses der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, im Überfluss vorhanden.

Das Geschäft mit den „Ökopunkten“ schützt nicht die Natur, erzeugt Bürokratie und ist volkswirtschaftlicher Unsinn

Bevor wir unsere Zustimmung zu den vorgelegten Haushaltsplänen etwas näher begründen werden, möchten wir noch kurz einige Anmerkungen zu einer ganz besonderen Einnahme-position machen - den sogenannten Ökopunkten. Der Verkauf der mit dem mittelalterlichen Ablasshandel vergleichbaren Zertifikate hat mittlerweile eine Größenordnung von über 400.000 € pro Jahr erreicht. Natürlich ist in unserer gegenwärtigen Haushaltssituation fast jede Form der Einnahmen-erzielung willkommen, trotzdem muss uns bewusst sein, dass mit jedem veräußerten Punkt eine Flächeninanspruchnahme oder ein Eingriff in den Naturhaushalt an anderer Stelle einhergeht. Wer tatsächlich meint, mit den Hin- und Herschieben von Ökopunkten und der lohn- und maschinen-kostenintensiven Pflege von Magerwiesen ein Land am Laufen halten zu können, hat Volkswirtschaft nicht verstanden. Ebenso suchen wir vergebens eine Antwort auf die Frage, wie man einerseits über den Erhalt eines eichenholzfressenden Insekts namens Heldbock in Verzückung geraten kann und andererseits dazu bereit ist, die Zerstörung eines einzigartigen großflächigen Habitats von Waldvögeln, Amphibien und Fledermäusen nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern aktiv und energisch voranzutreiben.

Kreisumlage und Nullwachstum strangulieren die Kommunen

Die Entscheidung, den vorgelegten Haushaltsplänen zuzustimmen, ist uns nicht leichtgefallen. Nach wie vor sehen wir nicht nur externe, sondern auch interne Faktoren als Treiber unserer gegenwärtigen Finanzmisere, doch können wir auch nachvollziehen, dass gerade der explosionsartige Anstieg der Kreisumlage selbst solide wirtschaftende Kommunen an ihre

Grenzen bringt. Hinzu kommt eine Stagnation unserer Wirtschaft, in der massiv produktive Arbeitsplätze verlorengehen und nur noch eines wächst: Der öffentliche Sektor. Die Staatsquote in unserem Land hat nach einem leichten Rückgang wieder den Wert von fünfzig Prozent überschritten, ein Ende des Anstiegs ist nicht abzusehen.

**FDP wünscht sich eine stärkere
Interessenvertretung nach außen**

Wir wünschen uns daher nach wie vor vergeblich einen Bürgermeister, der die Interessen unserer Gemeinde mit einer gewissen Aggressivität nach außen vertritt - es muss ja nicht gleich ein Boris Palmer sein. Aus dem lautstarken „Kein weiter so“ des Neujahrsempfangs 2022 ist die Luft entwichen und die Dinge nehmen unverändert ihren Gang. Immerhin standen nach gewissen Vorankündigungen zu Beginn der Haushaltsberatungen Steuererhöhungen doch nicht mehr zur Debatte - wir hätten diesen auch nicht zugestimmt - und es ist uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen, das ursprünglich ange setzte negative ordentliche Ergebnis von über 3,6 Mio. € auf 1,3 Mio. € zu reduzieren. Mit dem dringenden Appell an Sie, Herr Bänziger, die von uns für diese Stellungnahme recherchierten Zahlen in einem ruhigen Moment nachzuprüfen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen, stimmen wir dem Haushaltsp plan für das kommende Jahr und den Wirtschaftsplänen für die beiden Eigenbetriebe zu. Wir verbinden dieses positive Votum mit einem herzlichen Dank für das Engagement aller, denen diese Gemeinde am Herzen liegt und die sich über das normale Maß hinaus für das Allgemeinwohl, für ihre Mitmenschen, deren Sicherheit und Lebensqualität in einer noch immer reizvollen Weinbaugemeinde am Rande des Kraichgau einsetzen. Ihnen und allen Einwohnern Weingartens wünschen wir eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit und die Gelegenheit, für ein neues Jahr in Frieden und Freiheit Kraft zu schöpfen.

Haushartsrede der SPD-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Axel Goerke



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
werte Bürgerinnen und Bürger,

es ist für mich – als noch relativ neues Mitglied dieses Gremiums – eine besondere Ehre, heute die Haushartsrede für die SPD-Fraktion zu halten.

Ich möchte zu Beginn eines ganz ausdrücklich tun: **Dank sagen** an die Gemeindeverwaltung für die hervorragende Arbeit während des zurückliegenden arbeitsintensiven Jahres sowie für die Ausdauer und die Qualität, mit der dieser Haushalt für 2026 vorbereitet wurde. In Zeiten, in denen Kommunen immer stärker unter Druck stehen und die Verschuldung drastisch zunimmt, ist das keine Selbstverständlichkeit. Vielen Dank dafür.

Ein Haushalt ist mehr als eine Sammlung von Zahlen. Er zeigt, wohin wir wollen – als Gemeinde, als Gemeinschaft, als Zukunftsprojekt Weingarten. Ich will Ihnen heute darlegen, warum wir diesen Haushalt mittragen, wo wir kritisch bleiben und warum wir insgesamt zuversichtlich sind.

Ich beginne mit unserem größten Zukunftsprojekt Der neuen **Turmbergschule**.

Wir haben den Neubau auf dem Festplatz von Anfang an unterstützt. Dieser soll von einem Totalunternehmer organisiert werden, mit einem Finanzrahmen von bis zu 40 Millionen Euro. Natürlich ist das viel Geld. Aber es ist gut investiertes Geld. Eine moderne, zukunftsfähige Schule ist kein Luxus – sie ist die Grundlage dafür, dass junge Menschen in Weingarten die bestmöglichen Startchancen erhalten.

„Unser wichtigstes Investment ... in die Zukunft sind Verbesserungen im Bereich von Bildung und Betreuung.“ - Christian Lindner, FDP

Ich wünsche mir, dass die ewigen Bedenkenträger hier im Gemeinderat nun endlich zur Vernunft kommen und den dringend benötigten Neubau nicht länger blockieren werden. Das pädagogische Konzept der Schulleitung überzeugt auf ganzer Linie. Ich bin ja selbst Lehrer und kann da gut „mitschwätzen“... Wir wollen moderne Lernräume, verlässliche Ganztagsstrukturen, gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, und eine Schule, die nicht in zehn Jahren wieder renoviert werden muss. Die Entscheidung für den Totalunternehmer gibt uns dabei Planungssicherheit. Und das in einer Zeit, in der Baukosten unberechenbar geworden sind.

Das zweite große Thema mit Zukunft ist die **Windkraft am Hinteren Heuberg**. Meine Fraktion findet es gut, dass es einen Bürgerentscheid darüber geben wird, noch dazu am 08. März, dem Tag der Landtagswahlen und der Bürgermeisterwahl. Das spart bei den Verwaltungskosten und ist für die Gemeinde wesentlich effizienter. Gut auch, dass drei Wahlen an einem Tag für eine hohe Wahlbeteiligung sorgen werden. Je mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen, desto echter ist das Ergebnis. Ein Ergebnis, das dann auch von allen hier im Gemeinderat bitte zu akzeptieren ist. Wir vertrauen jedenfalls darauf, dass die WeingartenerInnen die Fakten, die Pros und Contras sorgfältig gegeneinander abwägen. Wer das tut, kann aus unserer Sicht nur zu einem Schluss kommen: Ja zu Windkraft auf kommunalen Flächen. Diese Entscheidung ist ökologisch richtig, finanziell klug und sozial gerecht. Sie stärkt den Gemeinsinn – nicht nur Einzelinteressen. Die Situation ist eindeutig: Wenn die Windräder auf kommunalen Flächen gebaut werden, fließen die Einnahmen in die Gemeindekasse. Damit finanzieren wir Schule, Betreuung, Soziales und Infrastruktur. Wenn sich die Bürgerschaft dagegen entscheidet, dann heißt das nicht, dass es in Weingarten keine Windräder geben wird – sie stehen dann aber womöglich auf privaten Flächen. Die Gesetze erlauben das. In diesem Fall aber fließen die Erträge – und das ist leider die Wahrheit – in einzelne private Taschen. Es ist völlig verständlich, wenn Landwirte Flächen verpachten wollen. Aber es wäre falsch, wenn wir als Gemeinde darauf verzichten würden, selbst diese Einnahmen zu generieren. Wir reden hier über jährliche Einnahmen von rund 600.000 Euro – für mindestens 15 Jahre. Diese Einnahmen würden entscheidend dazu beitragen, unser größtes Zukunftsprojekt – die Turmbergschule – nachhaltig zu finanzieren. Es wäre zudem die beste Form von kommunaler Wertschöpfung: Wir erzeugen erneuerbare Energie und investieren das Geld direkt in die Bildung unserer Kinder. Bislang vermisst haben wir bei unserem Bürgermeister, dass er sich klar für oder gegen Windkraft am Hinteren Heuberg ausspricht. Ein „Dazwischen“ kann es unseres Erachtens schon deshalb nicht geben, weil unsere Gemeindekasse aufgrund der geplanten erheblichen Investitionen dringend auf zusätzliche Einnahmen angewiesen ist. Dazu hätten sie sich – sehr geehrter Herr Bänziger – schon viel früher klarer positionieren müssen. Sie halten zum Beispiel ausgearbeitete Vergabestrukturen für sinnvoll, enthalten sich dann aber bei der entscheidenden Gemeinderatsitzung. Ich verzichte hier an dieser Stelle, Oliver Kahn zu zitieren... In Eschelbronn und in Bruchsal jedenfalls haben die Bürgerinnen und Bürger am vergangenen Sonntag für Windkraft gestimmt - tun wir es ihnen nach!

Ein weiteres wichtiges Thema ist die **Gewerbesteuer**. Wir haben uns im Gemeinderat dafür entschieden, eine Erhöhung für 2026

auszusetzen. Trotz dieser demokratischen Mehrheit bleibt das Thema aus SPD-Sicht auf der Agenda. Interessant ist über den Tellerrand unserer Gemeinde hinauszublicken und zu schauen, wie andere Gemeinden damit umgehen: Graben-Neudorf zum Beispiel hat die Gewerbesteuer von 330 auf 370 Punkte erhöht – ein Plus von 40 Punkten. Stutensee erhöht ebenfalls.

Beide folgen damit Linkenheim-Hochstetten, das schon im letzten Jahr seine Gewerbesteuer erhöht hat. Damit liegen wir mit einem Hebesatz von 340 Punkten nun am unteren Rand im Vergleich zu Gemeinden im Landkreis. Ob dies mehr solvante Unternehmen ins neue Industriegebiet am Sandfeld lockt, wird sich zeigen. Wir bleiben hier skeptisch. Und wir sagen klar: Spätestens 2027 müssen wir handeln. Nicht zuletzt, weil Unternehmen durch die Grundsteuerreform entlastet werden – und eine faire Gewerbesteuer diese Entlastung ausgleichen würde.

Komme ich zum nächsten Punkt **Baugebiet Kirchberg-Mittelweg**. Die Entscheidungen über die Umsetzung und die Erschließungskosten sind uns nicht leichtgefallen – wie man auch am Abstimmungsverhalten innerhalb der SPD-Fraktion sehen konnte. Trotzdem erkennen wir an: Die Verwaltung arbeitet im Zeitplan, und das ist wichtig. Wir begrüßen, dass zunächst nur 50 % der Erschließungskosten erhoben werden. Die restlichen Kosten folgen erst nach Abschluss der Maßnahmen. Das schafft zumindest etwas Entlastung und Planbarkeit. Dennoch: Wir wissen, dass diese Kosten für viele Eigentümer eine große finanzielle Belastung darstellen. Wir bedauern dies.

Ein besonders wichtiger Punkt für uns als SPD-Fraktion bleibt der **soziale Bereich**. Wir haben erreicht, dass Kita- und Betreuungsgebühren nicht steigen. Die Geschwisterermäßigung bleibt, soziale Ausgaben werden nicht gekürzt, und die Vereinsförderung bleibt vollständig erhalten. Die notwendigen Einsparungen erfolgen vor allem im Personalbereich – und zwar sozial verträglich: Es wird niemand entlassen. Nicht besetzte

Stellen werden aber gestrichen. Gerade in Zeiten finanzieller Enge wollen wir nicht an Kindern, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren sparen. Die **Kreisumlage** wird im nächsten Jahr nur auf 34 Prozentpunkte steigen. Das ist eine gute Nachricht. Es ist weniger als die ursprünglich befürchteten 38,5 v. H. und entlastet damit unseren Haushalt im nächsten Jahr. In der Zukunft kann unsere Gemeinde – nach Feststellung unseres Kämmerers – höchstens 30 Prozentpunkte dafür aufbringen, um nicht noch tiefer ins Defizit zu gelangen. Hier bleibt zu hoffen, dass die Jugendhilfe und das Bundesteilhabegesetz langfristig auf eine für die Kommunen und Landkreise leistbare Finanzgrundlage umgestellt wird.

Im Bereich der **Freiwilligkeitsleistungen** werden wir einige Gebühren und Entgelte anpassen müssen, z.B. beim Eintritt ins Walzbachbad. Das ist angesichts der Finanzlage unvermeidbar. Entscheidend aber ist: Zentrale Angebote bleiben unangetastet. Das Walzbachbad bleibt. Die Schulsozialarbeit bleibt. Die Ganztagssbetreuung an der Grundschule kommt wie geplant. Die Förderung sozialer Einrichtungen für ältere Menschen bleibt. Der Seniorennachmittag. Und vieles mehr. Das ist ein gutes Signal an unsere Einwohner.

Die SPD-Fraktion steht außerdem ausdrücklich zu den notwendigen **Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur**. Dazu zählen insbesondere die Projekte Kläranlage, die Carianlage, der neue Wasserhochbehälter sowie die Maßnahmen zum Brandschutz in der Walzbachhalle. Diese Vorhaben sind keine freiwilligen Luxusprojekte, sondern zentrale Bausteine für Daseinsvorsorge, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde. Nach den aktuell vorliegenden Zahlen weist das ordentliche Ergebnis ein Defizit von 1.273.500 Euro aus. Unter Berücksichtigung des geplanten Sonderergebnisses von 6.776.800 Euro erreichen wir im abschließenden Gesamtergebnis sogar einen Überschuss von 5,5 Mio. Euro.

Impressum

Herausgeber:

Gemeinde Weingarten (Baden)

Telefon 07244-70200,

Verantwortlich für den Inhalt

ist der Bürgermeister und die Fraktionen